bündnis gegen arbeit

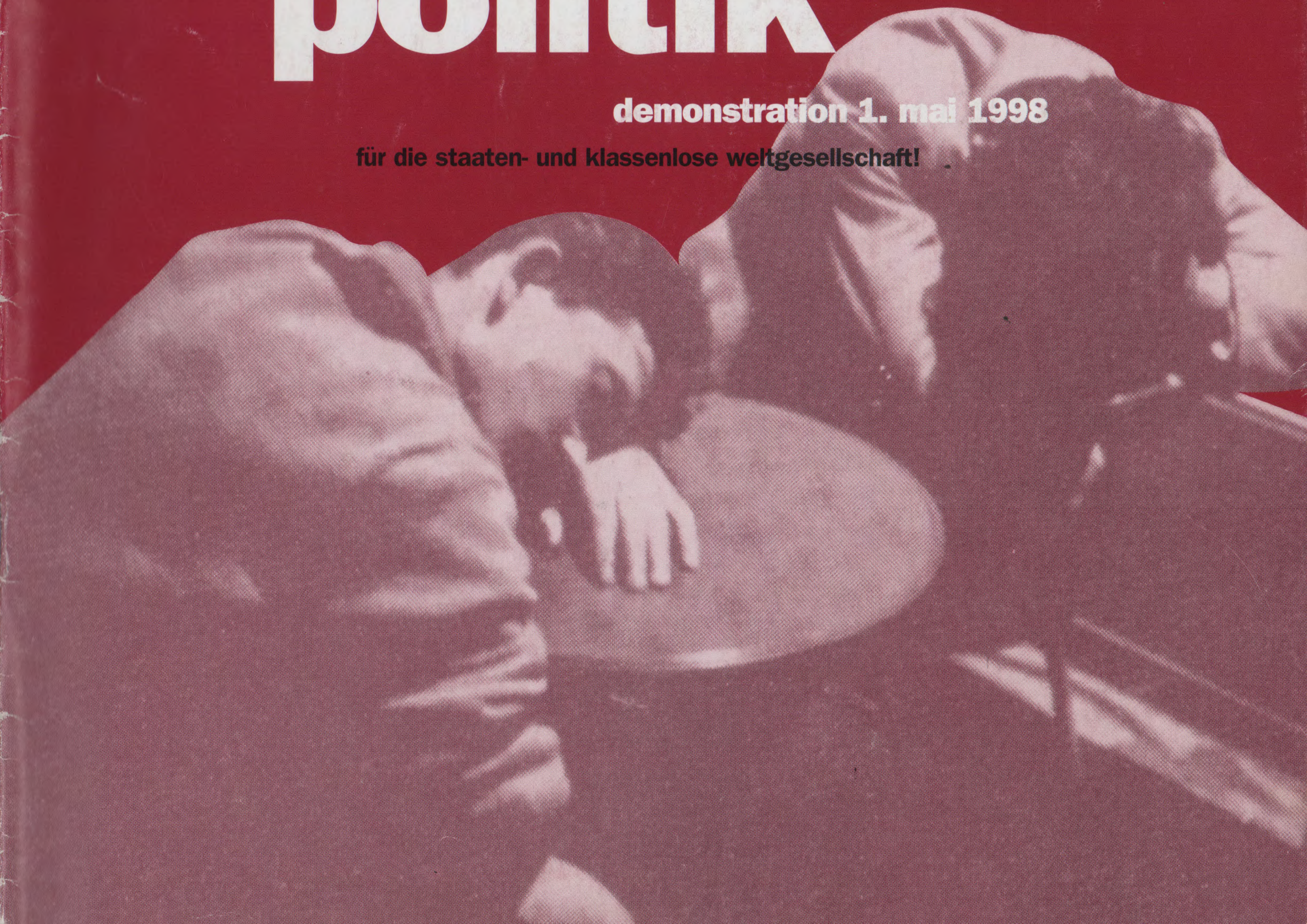
kongreß 24. bis 26. april 1998

kongreß gegen sozialreformismus

terror der ökonomie – elend der politik

demonstration 1. mai 1998

für die staaten- und klassenlose weltgesellschaft!



"Die Parole der Vereinigung in Gewerkschaften und Parteien war gründlich befolgt, aber diese führten weniger die unnatürlichen Aufgaben der Proletarier durch, nämlich den Widerstand gegen die Klassengesellschaft überhaupt, als daß sie den natürlichen Bedingungen ihrer eigenen Entwicklung zur Massenorganisation gehorchten. [...] Die Partei verwandte sich für eine soziale Gesetzgebung, der Arbeiterschaft sollte das Leben im Kapitalismus erleichtert werden. Die Gewerkschaft erkämpfte Vorteile für Berufsgruppen. Als ideologische Rechtfertigung bildeten sich die Phrasen der Betriebsdemokratie und des Hineinwachsens in den Sozialismus aus. Die Arbeit als Beruf: als die Plackerei, wie die Vergangenheit sie einzig kennt, wurde kaum mehr in Frage gestellt. Sie wurde aus des Bürgers Zierde zur Sehnsucht der Erwerbslosen."

Max Horkheimer, Autoritärer Staat (1942)

Bündnis gegen Arbeit

Terror der Ökonomie

Kongreß gegen Sozialreformismus
24. – 26. April ´98

1.

Die Geschichte, sagt Karl Marx, ereignet sich einmal als Tragödie, ein zweites Mal als Farce. Längst nachdem Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Parteikommunismus die Integration des Proletariats in die Klassengesellschaft bewerkstelligt haben, inszenieren derzeit Linke unterschiedlichster Couleur ein sozialreformistisches Komödiantenstadl, der der Marxschen Diagnose zu trauriger Aktualität verhilft. Von der „Geld ist genug da"-Propaganda über die gebetsmühlenartig runtergedudelte Forderung nach einem Recht auf Arbeit bis hin zum Bemühen vieler Linker, in den Bewegungen gegen Sozialabbau mitzuschwimmen, zeigt sich ein Sozialreformismus, der damit kokettiert, die Sozialdemokratie zu beerben, seitdem diese die „soziale Gerechtigkeit" vernachlässigt. Theoretisch gibt man sich bescheiden, so daß in der populären Phrase „Geld ist genug da!" schon ein Gutteil seiner Programmtik bündig enthalten ist: Die „Umverteilung von oben nach unten". Der Rest sind Zahlenspiele, die belegen sollen, daß alles eine Frage des guten Willens und somit der besseren Politik ist. Kapitalismus wird zur Verteilungsfrage und der Staat zum Heilsbringer. Daß allerorten vornehmlich über „Neoliberalismus" und „Globalisierung" gejammert wird, speist sich so nicht zuletzt aus der Bestürzung über den Machtverlust des im Rüchblick verklärten nationalen Sozialstaats, der, glaubt man der sozialreformistischen Ideologie, seiner eigentlichen sozialen Bestimmung entfremdet und zum „Unternehmerstaat" (VVN) degeneriert, mithin kein „Staat des ganzen Volkes" mehr ist. Diesen nationalistischen Affekt bringt stellvertretend für viele Subcomandante Marcos vom mexikanischen EZLN zum Ausdruck, wenn er den Neoliberalismus als Projekt des vaterlandslosen Finanzkapitals anklagt, dem mit der „Wiedererlangung von Nation und Vaterland" begegnet werden müsse.

2.

Entgegen der Reklame, nun würden neue Wege beschritten, alternative Strategien gewählt und man befleißige sich origineller und kreativer Problemlösungen, ist der gesamte sozialreformistische Katalog die Wiederkehr des Immergleichen: Der Staat soll gegen den Markt ins Feld geführt werden. Diese Ideologie ist so neu wie Staat und Kapital. Das Unbehagen gegenüber der „Anarchie des Marktes" gerinnt zum Vertrauen in die ordnende Macht des Staates. Weil der Staat tatsächlich die Bewirtschaftung der Ware Arbeitskraft betreibt, wird er zum Adressaten der Forderungen der Lohnabhängigen: seine Sozialleistungen sind die materielle Bedingung der sozialreformistischen Ideologie. Was Moment der Reproduktion des Kapitalverhältnisses ist, erscheint als karitativer Selbstzweck und wird mit dem Grundgesetz rumfuchtelnd eingeklagt. Der Staat ist selbstverständlich der Staat des Kapitals, aber er ist kein Club der Kapitalisten. Gerade weil

der bürgerliche Staat das Kapital- und somit Klassenverhältnis rechtlich zu garantieren und politisch zu organisieren hat, steht er über den Klassen: So erzeugt er die Illusion von der Autonomie der Politik. Daher schwadroniert der Sozialreformismus gerne vom „Umbau der Wirtschaft", als sei das Kapital ein Legobaukasten. Je nach Gusto der Regierenden sollen Kahlschlag oder Volksfürsorge de luxe drin sein: Staatlichkeit als solche gerät in dem Maße aus dem Blick, wie man sich mit einem feurigen „Kohl muß weg!" auf die ihn verwaltenden Charaktermasken fixiert. Dabei könnte ein Blick nach Italien und Frankreich illustrieren, daß es mit der Autonomie der Politik nicht weit her ist. Die historische Alternative von Kommunismus oder Barbarei hat man geflissentlich ersetzt durch die von sogenanntem rheinischem Kapitalismus einerseits, undeutschem Manchester-Kapitalismus andererseits. Dank Joachim Hirsch grübeln inzwischen auch Autonome und Linksradikale über Zivilgesellschaft, wahre Demokratie und sozialverträgliche Regulation des Kapitals, die Hirschs „radikaler Reformismus" als Trostpreis für die vertagte Revolution anbietet.

ten verhelfen sollen. Bislang unübertroffen ist der vom Soziologen Ulrich Beck anvisierte „Gemeindeunternehmer", eine „Mischung aus Mutter Teresa und Bill Gates", Zwangsarbeit mit menschlichem Antlitz, die endlich die Identität von Gemein- und Eigennutz darstellt. Bereits durch seine Teilnahme am öffentlichen Gerede über staatliche Beschäftigungspolitik trägt der Reformismus dazu bei, daß sich in Krisenzeiten der stumme Arbeitszwang unverkleidet als Zwangsarbeit zeigt, auch wenn ihm dies Ergebnis dann doch nicht so recht schmecken will.

Das Programm der sozialen Marktwirtschaft ist ein revolutionärer Ansatz im Interesse der Menschen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. August 1997

4.

Die Kritik des Reformismus kann nicht mehr im Namen einer revolutionären Bewegung geführt werden, die von den Reformern ausgebremst würde. Verratsvorwürfe verbieten sich, denn weder hat der Reformismus je etwas versprochen noch gäbe es jemanden, den er verraten könnte. Folglich kann es auch nicht um das Auseinanderdividieren einer subversiven Basis einerseits, einer korrumpierten Führung



Elend der Politik

3.

Die Sozialreformer erwarten vor allem drei Dinge vom Staat: Arbeit, Arbeit, Arbeit! Nicht den Arbeitszwang der bürgerlichen Gesellschaft kritisiert der Sozialreformismus, sondern die Unfähigkeit des Marktes, Vollbeschäftigung herbeizuführen. Was aber der individuellen Selbsterhaltung dient, ist noch lange nicht subversiv: den BesitzerInnen der Ware Arbeitskraft durch ABM zum Absatz zu verhelfen, ist Kapitulation vorm Bestehenden, nicht seine Überwindung. Die finge vielmehr damit an, der herrschenden Alternative von Arbeitsamt und Fabrik mit der Forderung nach kommunistischer Arbeitslosigkeit für alle zu begegnen. „Statt in den Zeiten der Krisis eine Verteilung der Produkte und allgemeine Belustigung zu verlangen, rennen sich die Arbeiter vor den Türen der Fabriken die Köpfe ein", bemerkte Paul Lafargue 1887 in seinem Pamphlet „Das Recht auf Faulheit", seiner Kritik des Rechts auf Arbeit. „Nicht auferlegen, verbieten muß man die Arbeit", bemerkte Lafargue, was bei den vom deutschen Arbeitswahn und anderen Sekundärtugenden verdorbenen Sozialreformern nur Kopfschütteln hervorrufen kann. Der Sozialreformismus redet konstruktiv mit, wo vom Pfaffen bis zum Gewerkschafter alle nur die eine Sorge plagt: daß womöglich die Arbeit ausgeht. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in Zeitungen und TV neue Modelle angepriesen werden, die den Menschen zu ihrer anthropologisch verbrieften Bestimmung zum Schuf-

andererseits gehen, ein Spiel, das zwar unter Linken immer noch beliebt ist, aber heute schlechter denn je erklären kann, wie denn die eigentlich revolutionär gesonnene Basis zu eben jener Führung kommt. Die Transformation der potentiell revolutionären Klasse in die Masse der produktiven Staatsbürger macht die radikale Kritik gesellschaftlich ortlos. Dem Sozialreformismus hingegen hilft sie, seine Logik des kleineren Übels ins Spiel zu bringen, auch wenn diese Logik immer nur der Vorbereitung des größeren dient.

Niemand stellt den Kapitalismus heute noch in Frage. Wer sollte das auch wagen?

Ulrich Beck, Der Spiegel 20/1996

5.

Die deutsche Nation ist für den Reformismus je nach Couleur etwas zum unbeschwerten Mitmachen oder aber bloßer Schein, Konstrukt „der Herrschenden". Entweder wird, wie im Falle der Freiburger Linken Liste, ein Loblied auf den Reichtum „in unserem Land" geträllert und somit die nationale Gemeinschaft der Produktiven hofiert und also latent antisemitisch gegen das unproduktive spekulative Kapital gegeifert, wie es sich für Apologeten von Arbeit und Staatlichkeit gehört. Oder aber man hält sich links von der Liste damit bei Laune, daß die Grenzen eigentlich gar nicht zwischen den „Völkern", sondern zwischen oben und unten verlaufen. Dies ist die linke Lebenslüge, mit der die Reflexion über das hierzulande ausgesprochen herzliche und pogromträchtige Verhältnis zwischen „oben" und „unten" blockiert wird. Die als Kundschaft für so-

Der neue internationale Kapitalismus hat die nationalen Kapitalismen völlig ausgeschaltet und die politische Macht restlos zersetzt. (...) Im Varieté der Globalisierung erleben wir die „Strip-Show“ eines Staates, der am Ende der Vorstellung nur noch das absolut unentbehrliche Minimum anhat: seine Repressionsinstrumente. Nachdem ... seine Souveränität annulliert ... ist, verwandelt sich der Nationalstaat mehr oder weniger rasch in einen reinen „Sicherheits“-Apparat im Dienst der Megaunternehmen. (...) Tatsächlich verfechten die Zapatisten die Verteidigung des Nationalstaates angesichts der Globalisierung. (...) Die EZLN verteidigt die nationale Souveränität ...

Subcomandante Marcos in Le Monde diplomatique (dt. Ausgabe), August 1997

ziale Massenbewegungen umgarnte Bevölkerung wird penetrant schöngeredet. In ihrem Realitätsverlust amüsant, in den Konsequenzen widerlich sind Empfehlungen volksverbundener Kreise an die antinationale Linke, anstatt das organisierte Deutschtum in Gollwitz und anderswo zu denunzieren solle man gefälligst sozialistische Politik treiben, nicht besser auch die Überlegung bewegungssüchtiger Linker, bei der Initiierung eines zünftigen Massenprotests in der Zone könne Ost-Identität nur hilfreich sein. Die Heimatsehnsucht, der unbedingte Wille nach „Verankerung” erzwingen die Ausblendung des rassistischen Konsenses in Deutschland. Diese Verdrängungsleistung verlängert sich bis in den Antifaschismus reformistischer Provenienz hinein, der den Nationalsozialismus nur als unglückliches Zusammentreffen eines fehlgeleiteten Protests mit den finsteren Machenschaften gewisser Großindustrieller denken kann und die klassenübergreifende Verbreitung des Antisemitismus nicht wahrhaben will. Die Verhinderung eines „neuen 33” wird zur Legitimation sozialreformistischer Politik, deren oberstes Ziel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, damit sich nicht wieder der Führer des Problems mit Autobahnbau annehmen muß.

6

Keine Bewegung ist zu abgeschmackt, als daß Linke nicht ihre pädagogischen Neigungen daran ausleben würden. Auch als kürzlich die Studierenden murrten, man würdige sie, die Ressource Wissen, am Standort Deutschland nicht gebührend, gaben viele Linke den Bewegungsonkel. Obwohl die Studierenden sich für ihre Flugblätter nicht mehr interessierten als für das, was sie normalerweise in der Universität pauken, verbreiteten etliche Linke zwanghaften Optimismus und traktierten sie mit der Aufforderung, den Protest zu „verbreitern” und „auszuweiten” – mit dem Ergebnis, daß aus zwei dusseligen Bewegungen eine wurde und Studenten und Gewerkschafter vereint für Arbeit und Bildung demonstrierten. Zwar ist noch niemals eine Bewegung durch linke Propaganda entstanden, doch fahndet man immer noch nach dem Patentrezept, das die Leute auf die Straße treibt. Nüchtern wird taxiert, welche Forderung das Objekt der Begierde – „die Masse” – hinterm Ofen hervorlocken könnte: ein bißchen Grundsicherung? Mieten einfrieren? Die Befreiungsperspektive ist auf ein Programm sozialstaatlicher Wohlfahrt eingeschrumpft. Statt die Subversion des Bestehenden zu versuchen, empfiehlt man sich als besserer Anwalt der „kleinen Leute”.

7.

Wenn Arbeitsfetisch und Etatismus erst einmal kritisiert sowie die Leier von der „Vermittlung linker Politik” und der „Radikalisierung” affirmativer Bewegungen als Heimatsehnsucht durchschaut sind, die immer nur nationalen Opportunismus hervorbringen, dann können wir endlich über das Selbstverständliche sprechen. Reden wir über das, was von den Linken allseits kollektiv beschwiegen wird: Reden wir über Kommunismus. Über Anarchie. Über den globalen Anarchokommunismus, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft, in der es nie wieder Deutsche, dafür immerhin freie Individuen geben wird. Reden wir nicht nur über die Abschaffung der Lohnarbeit, sondern über die Abschaffung der Arbeit überhaupt. Über die soziale Liquidation des Geldes. Über die freie Assoziation. Über die Abschaffung des Staates und über die Liquidation des Kapitals. Reden wir darüber, daß der totalitären Gesellschaft der Herrschaft und der Ausbeutung ein Ende gesetzt werden muß, daß dies Ende nur revolutionär gesetzt werden kann.

8.

Der Kommunismus, den wir wollen, ist antiutopisch zu fassen. Er ist kein politisch und ergo: staatlich zu realisierendes Programm, sondern negativ, d.h. ein Programm der Abschaffungen. Der Kommunismus ist weder die Praktizierung einer Theorie noch die Theoretisierung einer vorfindlichen Praxis, sondern Kritik als Vorschein wie Antizipation der Zusammenbruchskrise des Kapitals. Der Kommunismus sprengt das den Linken bis zur Besinnungslosigkeit liebgewordene Schema von Theorie und Praxis, das in Wahrheit ein Verhältnis ist von gesinnungstüchtiger Meinung und opportunem Pragmatismus; gegen den Pragmatismus setzt er die Anweisung auf historische Praxis.

9.

Reden wir schlußendlich darüber, warum die gesellschaftliche Einheit der Vielen ohne Zwang, die der Kommunismus sein wird, in dem einen Satz sich zusammenfaßt: *Jede nach ihren Fähigkeiten, jeder nach ihren Bedürfnissen.* Warum darin die schärfste nur mögliche Kritik der represssiven Vergleichung durch Wert und Geld und Kapital und Recht und Gesetz und Staat beschlossen ist. Warum der Kommunismus keine Anthropologie braucht, keine Lehre vom Menschen, die zwischen sog. wahren und sog. falschen Bedürfnissen akkurat zu unterscheiden wüßte. Und warum die Rede vom „Wesen des Menschen”, auf der die ganze Anthropologie gründet, eine durch die Bank reaktionäre Veranstaltung darstellt. Sprechen wir darüber, warum der Kommunismus kein Ideal und kein politisches Programm ist, kein Prinzip, keine Utopie. Sondern: das Gebot der Vernunft, ihr Diktat, das sich nicht in positiven Sätzen, sondern in der negativen Kritik des Bestehenden nur aussprechen kann. Sprechen wir also über Kommunismus, über das Einfache, das trotz allem leichter zu denken als zu machen ist. Reden wir wieder vom kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen und abzuschaffen, unter denen die Menschen ausgebeutete und beherrschte Wesen sind: Nicht etwa, um diesen Imperativ zu begründen. Die Evidenz der Vernunft bedarf keiner weiteren Begründung. Sondern um uns ihn anzueignen als den Nerv der sozialrevolutionären Kritik.

10.

Darüber wird zu reden sein.

Der Staat des Kapitals
Über den Parlamentarismus und die Linke
Es spricht Johannes Agnoli

Die traditionelle Linke wie ihre grünen Alternativen haben den Zusammenhang von Produktionsweise, Gesellschaft und Staat gänzlich verdrängt. Kennzeichnend dafür ist das Fehlen einer Analyse, die die enge Beziehung zwischen dem *Staat als Zwangssystem* und dem *Zwangscharakter der* Tauschwerte produzierenden *Arbeit* thematisiert. Überdies ginge es um die enge Verflechtung zwischen dem Staat als Form der *allgemeinen* Zusammenfassung der Gesellschaft auf der einen Seite, und andererseits den einzelnen Kapitalisten oder Kapitalgruppen, die die *besonderen* „realen" Subjekte der Gesellschaft darstellen; aber auch um das Verhältnis von allgemeiner Zusammenfassung und der Verknüpfung und Interessenverwicklung zwischen Bourgeoisie und abhängigen Klassen, zwischen Kapital und Arbeit. Aus der ausgleichenden und synthetisierenden Leistung des Staates entsteht gerade der „Schein der Autonomie", der Schein einer „höheren" Eigenschaft des Staats, der gesellschaftlichen Zwiste enthoben. Aber diese Autonomie hat auch eine reale Dimension darin, daß der Staat die bürgerliche Klasse zu einer Einheit macht. Denn die bürgerliche Klasseneinheit ereignet sich nicht auf dem Markt und im Zirkulationsprozeß. Sie bildet sich erst in ihrem Staat, der *als Form* die durch Partikularinteressen und die Marktkonkurrenz zerrissene Bourgeoisie wieder zusammenfügt. *Die Form Staat* besorgt also eine doppelte Vereinheitlichung: Synthese der bürgerlichen Gesellschaft zum einen und damit auch Integration oder Repression ihres negativen Elements; zum anderen Zusammenfassung der bürgerlichen Klasse und somit Bildung, auch auf der Ebene der Macht, der Allgemeinheit des Produktionsverhältnisses als ökonomischer, sozialer, politischer Totalität.

Allerdings: In bürgerlicher Sicht stellt sich der Staat als eine allgemeine Instanz dar, die mit der unmittelbaren Bewegung des Kapitals und den damit verbundenen Klassenauseinandersetzungen wenig zu tun hat und die sich gewissermaßen selbständig entfaltet, als Norm, als Idee, als Staatsverfassung und „Verfassungswirklichkeit". Diese Autonomie nimmt vielfältige Formen an. Sie bedeutet, daß die Existenz des Staats nach eigener Gesetzmäßigkeit verläuft, daß sie also weder unmittelbar noch vermittelt mit der ökonomischen Entwicklung gekoppelt ist. Sie bedeutet ferner, daß die „Politik", verstanden als Machtzentrum, in der Lage ist, nicht nur in die ökonomische Entwicklung einzugreifen, sondern die Entwicklung der Ökonomie nach eigenen Plänen, nach eigenen Zielsetzungen und auch gegen die unmittelbaren Kapitalinteressen zu lenken. Die Autonomisierung der Politik spitzt sich dann zu auf



Eröffnungsveranstaltung
Freitag, 24. April, 19 Uhr
Aula der Universität, KG I

In einer globalen Zangenbewegung hebt die neue Internationale des Kapitals ganze Staaten ... aus den Angeln. (...) ... der Turbokapitalismus zerstört den funktionsfähigen Staat und die demokratische Stabilität.

Wilfried Telkämper, MdEP Bündnis 90/Die Grünen, in: Freiburger Kongreß „Geld ist genug da". Dokumentation, Freiburg/Stuttgart 1997

Machtkämpfe politischer Führungsgruppen (Cliquen oder Parteien, die ihre Auseinandersetzungen nach rechtlich fixierten, wenn auch sich ständig verändernden Spielregeln austragen. In dieser Perspektive werden gesellschaftliche Veränderungen im wesentlichen als Ergebnis des Kampfs um die Macht und um die bewußte Gestaltung politischer Zustände betrachtet. Dabei wird das wirkliche Verhältnis genau umgekehrt: Die Ökonomie als Basis gesellschaftlicher Reproduktion gerät in den Bereich des bloßen sekundären Mittels zur Durchsetzung politischer Programme. Derart verkündet die bürgerliche Wissenschaft, als Ausdruck einer sozialen Bewegung, die die materielle Produktion und die daraus sich ergebenden Gewinne zum Fundament des ganzen Lebens gemacht hat, den Vorrang des Ideals und verdunkelt so jene Zustände, welche aufzuklären sie vorgibt.

Aber auch auf der anderen Klassenseite muß man sich vor Verdunkelung hüten. Man muß vorsichtiger und wirklichkeitsnäher mit der Wahrheit umgehen, daß der Staat eine bloße Überbauerscheinung sei: die Seite einer lediglich formalen Bestimmtheit, deren ganze Wirklichkeit von der Kapitalbewegung abhänge. Aus dem Überbau wird allenthalben der „bloße" Überbau gemacht. Hier muß offensichtlich näher spezifiziert werden.

Als Organisation der Gesellschaft, speziell als Organisation der Klassenverhältnisse auf der einen Seite, auf der anderen Seite der Rahmenbedingungen von Produktion (vor allem in der Zirkulation), erhält der Staat einen Realitätscharakter, den er als bloße Überbauerscheinung, genauer: als bloße „Verfassungsordnung" noch nie gehabt hat. Das gleiche gilt auch für die Gesetze. Daß Gesetze, gesetzliche Regelungen in ihrer Normativität betrachtet, eine bloß ideologische Erscheinung sind, darüber besteht kein Zweifel. Gesetze können aber ihre eigene Formbestimmtheit der Normativität überschreiten, Sie führen nicht nur eine normative Existenz am Rande tatsächlicher Vorgänge, sondern sie greifen gerade als Zwangsgesetze, d.h. als eine materielle Gewalt, in die Wirklichkeit ein und verändern sie. Der Übergang von der absoluten Ausbeutung der Arbeitskraft zum „normalen" Arbeitstag am Anfang der englischen Kapitalakkumulation verdeutlicht diese materielle Seite des „Überbaus": Die für die Kapitalbewegung wesentliche Umpolung der Mehrwertproduktion vom absoluten zum relativen Mehrwert wurde kraft Staatsgesetzes herbeigeführt. Es ist, wie Marx im *Kapital* sagt, eine unumgängliche Bedingung der Kapitalreproduktion, daß „das Kapital endlich an die Kette der Regulation gelegt" wird. Von dem bloß normativen Charakter der Gesetze kann hier keine Rede sein. Vielmehr legen sie die bloß ideologische Äußerlichkeit ab und werden zu „übermächtigen gesellschaftlichen Hindernissen" innerhalb der Kapitalbewegung (Marx). Die außerökonomische, politische Gewalt, die im bürgerlichen Staat immer in Form des Gesetzes auftaucht, kann also zur ökonomischen Gewalt werden.

Der Doppelcharakter des Staats geht in der Wirklichkeit aus der Koppelung widersprüchlicher sozialer und organisatorischer Aspekte hervor. Der Staat setzt sowohl auf der einen Seite spezifische Klasseninteressen des Kapitals organisatorisch durch, und gleicht widerstrebende Interessen (der viel zitierten Kapitalfraktionen) aus. Auf der anderen Seite berücksichtigt der Staat, da seine besondere Form als eigenständige Existenz das Allgemeine ist, auch allgemeine Interessen und faßt daher gesellschaftliche Widersprüche zusammen. Nicht daß er einen gegen das Kapital gerichteten sozialen Auftrag dazu hätte. Vielmehr schließt gerade die Reproduktion derjenigen Bedingungen, die der Durchsetzung von Kapitalinteressen dienen, notwendigerweise die Berücksichtigung von Klassen ein, die in ihrer gesellschaftlichen Stellung – sei es als Produzent, sei es als breite abhängige Masse – nicht auf der Kapitalseite stehen.

Seine reale Funktion als Gesellschaftsplaner wächst dem Staat insofern aus der Kapitalbewegung zu, als der Akkumulationszwang die Tätigkeit des Kapitals auf die eigene Verwertung und Realisierung, also auf die bloß ökonomische Reproduktion einengt. Die für die Kontinuität seiner Produktion wichtigste Aufgabe entzieht sich seiner Planungsmöglichkeit. Das Einzelkapital schafft es nicht, den Klassenkampf planbar zu machen; das Kapital bewältigt seine eigene Wirklichkeit nicht. Aus ihm entsteht gesellschaftliche Anarchie, durch seinen Druck breitet sich Reproduktionschaos aus, entfalten sich Klassenkämpfe. Aus eigener Kraft kann es aber weder gesellschaftliche Prozesse in der Hand halten noch gesellschaftliche Existenz organisatorisch sichern noch Klassenkämpfe neutralisieren. Das leistet nur das organisatorische Gesamtsystem, der „Staat".

Aus: Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg: ça ira-verlag 1995

Johannes Agnoli
ist emiritierter Professor der Politikwissenschaft der FU Berlin, woselbst er die Kritik der Politik gelehrt hat und Autor u.a. von „Tranmsformation der Demokratie", „Der Staat des Kapitals", „Subversive Theorie" und „Faschismus ohne Revision". Im Herbst erscheint „1968 und die Folgen".

Wenn Linke zu Bürgern werden und sich über den besten Sozialstaat Gedanken machen

Über Bürgergeld, garantiertes Grundeinkommen und Existenzgeld

"Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.

Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf geschlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen Menschenrechte" zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das 'Recht auf Arbeit' zu proklamieren, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Innern eine neue Welt sich regen fühlen ..."

Was Paul Lafargue in seinem „Recht auf Faulheit" formulierte, scheint auch heute aktuell zu sein. Angesichts von offiziellen 4.7 Millionen Arbeitslosen ergeht sich ein Teil der Linken in einem jammerigen Fordern nach mehr Arbeitsplätzen, einem *Recht auf Arbeit*, als gäbe es nicht die Erfahrung einer tausendjährigen Kontinuität des Elends, die der Arbeit nämlich. Von der Sklavenarbeit im alten Ägypten über die Fronarbeit im Mittelalter bis zur modernen Fabrikarbeit. Der erste Teil dieser Doppelwörter variiert, je nach Zeit, geographischen und ökonomischen Gegebenheiten, das zweite Wort aber bleibt immer gleich. Man kann diese Linken nur bedauern, werden sie sich doch schneller als sie denken dort wiederfinden, wo sie sich so leidenschaftlich hinwünschen: In kommunalen Beschäftigungsprogrammen, schlecht bezahlten Zweit- und Dritt-Jobs, irgendwelchen Arbeitsgewöhnungsprogrammen, oder ähnlichen Stätten des Grauens und der Despotie.

Linke Philosophen wie z.B. André Gorz, die dahingegen ein garantiertes Grundeinkommen fordern, haben eines erkannt:

Das proletarische Bedürfnis nach Nicht-Arbeit und kapitalistische Notwendigkeiten (z.B. Rationalisierung) scheinen sich bis zu einem gewissen Grad zu überschneiden. Denn auch wenn alle Medien überquellen von Jammerstatistiken und tottraurigen Arbeitsplatzverlustlern - es scheint Leute zu geben, die sich durchaus etwas Besseres vorstellen können, als lebenslang durch die Mühlen der Arbeit zu gehen, um anschließend als gemahlenes Menschenmaterial die Segnungen einer Minimalrente zu genießen, sei sie nun staatlich oder privat organisiert. Auch wenn sich das natürlich nicht statistisch beweisen läßt, schließen wir einfach mal von uns auf andere; das offizielle Gejammere in den Medien hat ungefähr diesselbe Beweiskraft.

Doch die Arbeitsgesellschaft existiert weiter, auch wenn sie „Visionäre", wie oben genannter André Gorz, bereits in das Reich der Geschichte verweisen und vom Ende jeglicher „trivialer" Arbeit in den nächsten 10 Jahren fabulieren. Und mit der Fortdauer dieser Gesellschaft, die immer noch auf Ausbeutung und Mehrwertproduktion basiert, bleiben auch deren Probleme. Dazu gehört natürlich auch die Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit mag für einige ein Problem der mangelnden Anerkennung durch die Gesellschaft sein, also ein eher psychologisches Problem. Für viele andere aber bedeutet sie primär zuwenig Kohle zu bekommen, und dabei noch von irgendwelchen Sachbearbeitern irgendwelcher Ämter schikaniert zu werden. Was läge also näher, als ein Mindesteinkommen zu fordern, das die nötigsten Reproduktionskosten deckt und den Zwang arbeiten zu müssen ein für allemal eliminiert.

Die Existenzgeldforderung wurde Anfang der 80er Jahre von Teilen der Erwerbslosenbewegung ins Spiel gebracht, um sich vom eher gewerkschaftlich orientierten Teil mit seiner „Arbeit für Alle"-Rhetorik abzugrenzen:

„Dem Leben für das Kapital setzen wir das Leben für uns, der Destruktion durch das Kapital die Sabotage, der Arbeit die Identität der Nichtarbeit entgegen" (aus den Protokollen des Bundeskongresses der Arbeitslosen von 1982).

Dieses Existenzgeld sollte als garantiertes Einkommen jedem und jeder zur Verfügung gestellt werden. Die Sozialrevolutionäre hatten bei dieser Forderung eine Menge im Blick: Es ging um die Aufhebung der Lohndifferenzierung und der Spaltungsmanöver seitens der etablierten Arbeitsverwaltungsbürokratie, sprich: der Gewerkschaften. Ein garantiertes Einkommen sollte auch Selektionsmechanismen sabotieren, etwa die sich bedrohlich ankündigenden Euthanasie- und eugenischen Diskurse über unnützes, nicht-verwertbares Leben.

Die Forderung nach einem Existenzgeld, als Angriff auf die herrschende Arbeitsmoral gedacht, bot darüberhinaus linken Militanten auch ganz konkret eine Alternative zum betrieblichen Kampf, den sie sich nur im Rahmen von gewerkschaftlichen Ritualen vorstellen konnten. Die Existenzgeldforderung sollte Möglichkeiten eröffnen, unabhängig von ökonomischen Verwertungszwängen leben zu können. Die patriarchale Trennung in produktive, und somit entlohnter Arbeit, und „nur" reproduktive Arbeit der Frauen wurde als Fundament der modernen Ausbeutungsordnung angesehen und kritisiert. Der Vielzahl dieser Probleme sollte eine möglichst universalistische Parole entgegengehalten werden.

Damit sich Arbeiten endlich lohnt: PDS

Arbeit ist genug da! Flugblatt der PDS, Dezember 1997

Arbeitsgruppe 1:
Samstag, 25. April, 14 Uhr
Haus der Jugend

Arbeitgeber haben kein „gesamtgesellschaftliches Gewissen". (...) Deshalb muß der Staat aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben.

Arbeit ist genug da! Flugblatt der PDS, Dezember 1997

Unproblematisch jedoch war diese Politik nie: Die Existenzgeldforderer hatten u.a. das Problem, daß sie zwar eine nicht-kapitalistische Idee propagierten, dies aber in Form einer Geldforderung taten und im Namen einer Bewegung, die es nicht gab. Wenn linke Avantgarden konkrete Forderungen aufstellen, ist das immer problematisch. Ein politischer Lohn aber kann nur gegenüber dem Staat geltend gemacht werden, den man eigentlich abschaffen wollte. Das Problem von Lafargue, gegen das „Recht auf Arbeit" der traditionellen Arbeiterbewegung, die Faulheit als Recht, also vom Staat garantiert, sehen zu wollen, teilten auch die radikalen Teile der Arbeitsloseninitiativen.

Mit der Staatsakzeptanz haben bekanntlich diejenigen überhaupt keine Schwierigkeiten, die ihn formal zu bilden scheinen: Die etablierten Parteien



von PDS und Grünen über FDP bis zu CDU-SPD. Diese machen sich nämlich auch schon länger Gedanken über den Sozialstaat, den es – wie alle betonen – umzubauen gilt. In diesen Sozialstaatsdebatten taucht dann auch öfter ein Begriff auf, der der Forderung nach einem gesicherten Einkommen, nach einem Existenzgeld sehr nah zu kommen scheint. Die PDS fordert zum Beispiel eine soziale Grundsicherung in der Höhe von 1.400 Mark. (1982 wurden von Erwerbsloseninitiativen noch 1600 Steine gefordert.) Wer die dann nach welchen Kriterien kriegen soll, steht auf einem anderen Blatt. Schon in der Diskussion der Grünen über eine Grundsicherung in der Höhe von 1200 Mark tauchte die Möglichkeit auf, daß Menschen, die vermeintlich „zumutbare Arbeit" ablehnen, Leistungen gekürzt werden. In der Debatte um Existenzgeld lauert also die Zwangsarbeit.

Wenn schon Leistungsgesellschaft, dann richtig – das ist unsere Auffassung.

Reichtum ist teilbar. Flugblatt der PDS, Dezember 1997

Das Grundsicherungskind hat viele Namen, mal heißt es Bürgergeld, mal soziale Grundsicherung, mal Subsistenzeinkommen oder Staatsbürgergehalt. Das Bürgergeld ist dabei führend in der Diskussion. Diese Form von Grundsicherung wird von der FDP und dem CDA – dem christlich-demokratischen Arbeitnehmerverband – gefordert.

Ein Effekt dabei: Das Bürgergeld soll den ganzen bürokratischen Sozialstaatsapparat radikal zusammenstreichen, was natürlich direkt gegen die Beschäftigten in den Behörden gerichtet ist.

Intendiert ist mit diesem FDP-Vorstoß zur Neuordnung der sozialen Grundsicherung „ein stärkerer Anreiz zur Aufnahme von Erwerbsarbeit", so Graf Lambsdorff 1994.

In den Köpfen der Bürgergeldverfechter gibt es keine Klassen mehr, sondern nur noch Bürger. Bei den ersten brennenden Telephonzellen in den französischen Vorstädten treten Philantropen wie Vivian Forrestier auf , um ein Bürgergeld zu fordern – Bürgergeld als Loyalitätsprämie. Waren im bisherigen Sozialstaat die Konfliktlinien noch nachvollziehbar, etwa im Erwerb der Versicherungsleistung durch vorherige Arbeit oder der Aufteilung der Kosten durch Arbeitnehmer und -geber, wird mit dem Existenzgeld eine vom Produktionsprozeß abgetrennte Form der Armenfürsorge installiert, die eine indirekte Herabsetzung der Löhne zur Folge hat. Ähnliches läßt sich schon jetzt über die durch Sozial- und Arbeitslosengelder subventionierten Arbeitsmärkte aussagen.

„Während die liberale Variante mit dem Mindesteinkommen ganz offen eine neue Integration in die ‚Arbeitsgesellschaft', also die Aufrechterhaltung und Absicherung des Arbeitszwangs propagiert, schließt die linke Kampagne für ein Existenzgeld im Stillen ihren Frieden mit der Arbeitsgesellschaft und erkennt den Staat als Problemlöser an. Die Finanzierung des Existenzgeldes aus den Steuern auf Lohn und Mehrwert/Profit ist unterstellt – am Fortbestand der Arbeitsgesellschaft darf dann schon aus Kostengründen nicht gerüttelt werden. Es soll nur jede und jeder etwas freier aussuchen dürfen, wann, wo und wieviel gearbeitet werden muß. Auch die von linker Seite angepeilte Höhe – 1600 Mark oder 1200 Mark plus Miete usw. – ist angesichts der heutigen Einkommensverhältnisse sehr bescheiden. Es ist nicht mehr als grade mal die Existenz. Für jede weitere 'Teilnahme am gesellschaftlichen Reichtum' bleibt logischerweise wieder nur eins: Arbeiten! Hatten wir nicht mal die ganze Bäckerei statt einem Stückchen Kuchen gewollt?" (Aus: Wildcat-Zirkular Nr.6)

Sicherlich sind wir noch ein Stückchen davon entfernt, die ganze Bäckerei zu kriegen. Die Grundsicherungsforderung, die von autonomen Gruppen wie f.e.l.S auch in den 90ern erhoben wird, wird sich daraufhin prüfen lassen müssen, ob sie nicht frei nach dem Faustschen Prinzip zwar das Gute will aber das Schlechte schafft, also der liberalen Bürgergeldvariante ungewollt das Wort redet.

Totengräber des Kapitalismus oder Diskutant beim Umbau des Sozialstaats – die Linksradikalen müssen sich entscheiden, was sie sein wollen. Durch Petitionspolitik und das Aufstellen „gut vermittelbarer" Forderungen ist letzterem Tür und Tor geöffnet. Wenn diejenigen, die den kapitalistischen Verhältnissen feindlich gegenüberstehen, auch noch die Poesie der Revolte verlieren und nur noch realpolitische Forderungen stellen, ist der Kampf schon verloren, bevor er überhaupt angefangen hat.

Die bürgerliche Wissenschaft vom Reichtum als Politische Ökonomie des Reformismus

Über John Maynard Keynes

Mit John Maynard Keynes wird der politische Souverän als auch ökonomisches Existential der kapitalistischen Produktionsweise erkannt und anerkannt, wird also der „Überbau“ zum konstitutiven Element der „Basis“. Der Staat, als Gewaltmonopolist in letzter Instanz je schon äußerer Garant wie als Rechtswahrer je schon formeller Organisator, wird nun zur inneren Kondition der Akkumulation. *Politische Ökonomie,* die schon immer, ihrem Begriff gemäß, von der materialen Einheit von Ökonomie und Politik in Gestalt ihrer formalen Trennung handelte, behandelt sie nun auch der Sache nach. Es war daher mehr als eine durchsichtige Anbiederung an den Nazismus, als Keynes 1936 im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines epochemachenden Werkes *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* erklärte, seine „Theorie der Produktion als Ganzes (könne) viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbs und eines großen Maßes von laissez-faire erstellten Produktion.“ Keynes liquidierte die liberale Nationalökonomie theoretisch, als der politische Liberalismus praktisch liquidiert wurde. Denn seine kritische Abgrenzung von aller bisherigen Nationalökonomie wie seine Behauptung, „sowohl die Manchester-Schule wie der Marxismus (stammten) letzten Endes von Ricardo ab“ zielen darauf, die Gesamthaftung, die der Staat, wie im New Deal so im Nazismus, für Fortgang und Gedeih der Akkumulation übernimmt, zum Dreh- und Angelpunkt der volkswirtschaftlichen Theorie werden zu lassen. Die gesellschaftliche Synthesis ist zum Problem geworden, seit die sich „unsichtbare Hand“ der liberalen Theorie in der großen Krise von 1929 wie gelähmt zeigte. Der allseits sichtbare starke Arm des Souveräns hat nun der Konkurrenz unter die Arme zu greifen, um die Akkumulation zu retten. Dieser Funktionswandel des Staates reflektiert und vollzieht den Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zur totalen Vergesellschaftung. Der Keynesianismus ist die Nationalökonomie dieses Übergangs wie der „klassenlosen Klassengesellschaft“ (Adorno), die er etabliert.

★ ★
★

Es war einmal: Vor über hundert Jahren, als die Arbeiterbewegung noch gewisse Anstalten machte, eine revolutionäre Bewegung zu werden – d.h. vor ihrer Spaltung in ehrenwerte Arbeitskraft und Lumpenproletariat wie vor ihrer Zerlegung in Marxismus und Anarchismus –, war die Politische Ökonomie eine durchaus bürgerliche Angelegenheit. *Politische Ökonomie,* so, wie sie in den epochalen Werken Turgots und der Physiokraten in Frankreich, so, wie sie in den Untersuchungen über die Gründe des *Reichtums der Nationen* bei Adam Smith oder bei David Ricardo in England und so, wie sie auch in Deutschland mit Friedrich Lists *Das nationale System der Politischen Ökonomie* vorlag, sollte die objektive Wissenschaft sein, in der die kaum als herrschende installierte bürgerliche Klasse der Ursachen und Bedingungen ihres Reichtums sich vergewisserte. *Politische* Ökonomie war diese Wissenschaft, weil der Staat, ihr eigenes politisches Organ und ihr geschäftsführender Ausschuß, zur Bedingung der Möglichkeit der neuen Wirtschaftsweise geworden war, war er es doch, der die doppelt freie Lohnarbeit erzwang. Die Politische Ökonomie hatte als Wissenschaft vom Allgemeinen die Nachfolge und das Erbe der Theologie angetreten; die Rede von der unsichtbaren Hand zeugt davon.

Wie nur die Theologen um den Begriff Gottes den Kopf sich zerbrachen, so die Ökonomen um den der Arbeit. Wie der Theologie alles und jedes aus Gott entstand, so der bürgerlichen Reichtumswissenschaft aus Arbeit. Gott sollte der totale Ursprung sein, aber seinen Antagonisten, den Teufel, gab es doch. Die Arbeit, und nur die Arbeit, sollte den Reichtum schaffen, und doch gab es die Massen der *working poor* und unüberschaubare industrielle Reservearmeen. Die Wissenschaft vom Reichtum wollte dem auf den Grund, aber indem sie es tat, überführte sie nach und nach die Rede vom Eigentum aus eigener Arbeit, die ihren Polemik gegen die müßige, gleichwohl aneignende Feudalität rechtfertigte, der Ideologie. Denn das Eigentum an der Arbeitskraft anderer war theoretisch nicht recht vorgesehen. Je entschiedener die Nationalökonomie – in den Schriften Ricardos – daran festhielt, aller Wert stamme aus Arbeit und berechne sich nach Arbeitszeit, desto mehr mußte sie anerkennen, daß der Tauschwert, d.h. der tatsächliche Marktpreis der Waren, einer anderen Logik folgte, der von Angebot und Nachfrage. Darüber wurde die Nationalökonomie nachgerade schizophren. Objektiver Wert und subjektive Wertschätzung trieben auseinander; die Nationalökonomie gab ihren Anspruch auf Totalitätserkenntnis sukzessive preis und spaltete sich auf in Betriebswirtschaftslehre und Rationalisierungswissenschaft einerseits, in Marktkunde und Preisstatistik andrerseits. Der theoretische Spagat zwischen Fabrik und Markt konnte umso weniger gelingen, als nicht nur der Wertbegriff Anathema war, sondern eben auch die Form, in der der Wert diesen Spagat praktisch bewältigte: die Form des Geldes. Über der Fülle der empirischen Erscheinungen und Funktionen des Geldes – Maß der Werte, Maßstab der Preise, Wertspeicher, Zahlungsmittel, Geld als Kapital, Kreditgeld, Weltgeld – ging ihr die wesentliche Einheit der Sache, die die Vielfalt erst stiftete, verloren. Das Vermittlungsproblem von,

Kapitalismuskritiker studieren neuerdings mit Vorliebe die Börsenkurse. Nicht, weil sie ins Lager des Klassenfeindes gewechselt hätten. Nein, die jüngste Rekordjagd an den Aktienmärkten bestärkt marktskeptische Geister in ihrem Urteil: Die Börse ist bloß ein Paradies für Spekulanten und Abzocker. Tatsächlich spielen sich in den Tempeln des Kapitals verwirrende Dinge ab.

Die Zeit
vom 19. März 98

Arbeitsgruppe 2:
Samstag, 25. April, 17 Uhr
Haus der Jugend

bürgerlich gesprochen: Produktionswert und Marktwert ist der Nerv der Politischen Ökonomie, und es hört auf den Namen des Geldes, dessen Begriff positivistisch liquidiert wurde.

Die Geschichte, die folgt, resümiert sich so: Bevor das Proletariat zur Arbeiterklasse transformiert wurde, benötigte es keine eigene Politische, besaß es doch eine moralische Ökonomie. Das proletarische Naturrecht besagte, die Natur habe alles für alle und für alle wahrhaftigen Bedürfnisse bereitgestellt; nur Habgier habe die prästabilisierte Harmonie von Bedürfnis und Gebrauchswert gestört. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“: Das war noch, ganz ohne antisemitische Pointe, gegen die nach dem Bild des Feudalherrn gedachten Fabrikdespoten gemünzt, etwa bei Wilhelm Weitling. Als das Proletariat dann als Arbeiterklasse konstituiert war, griff sie zur Politischen Ökonomie David Ricardos und schuf den proletarischen Kultus der Arbeit als Quell allen Reichtums (und unterschlug, ganz bürgerlich gestimmt und idealistisch, die Natur als den Stoff allen Reichtums). Sie schlug sich auf die Seite des „Produktionswertes“ gegen den „Marktwert“, nahm die Partei des „Produktivkapitals“ gegen das „Finanzkapital“ und die des scheinbar konkreten Gebrauchswerts gegen das scheinbar abstrakte Geld. Und als dann Karl Marx seine revolutionäre *Kritik der Politischen Ökonomie* verfaßte, in der er nachwies, daß der Reichtum ob seiner antagonistischen Produktionsweise Warenform und Geldform anzunehmen gezwungen ist, in der er weiter zeigte, daß nicht „die Arbeit“ der Quell allen Reichtums, sondern die Lohnarbeit der Stoff der Kapitalakkumulation ist, da war es zwar nicht für die Erkenntnis des tatsächlichen Sachverhalts zu spät, aber doch für die Arbeiterbewegung. Daß, wie Marx eingangs des *Kapital* konstatiert, „der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform erscheint“, ging niemanden mehr an, der sich genötigt fühlte, das gewaltige Warengebirge neu und anders zu verteilen.

Im genauen Maße, in dem die Arbeiter ihren gesellschaftlichen Auftrag sich aneigneten, das selbstbewußte variable Kapital darzustellen, verging der bürgerlichen Wissenschaft vom Reichtum die Intention auf Erkenntnis der Totalität. Sie zerfiel in eine „linke“ und in eine „rechte Fraktion“. Die Arbeiterbewegung okkupierte für sich den „Produktionswert“, die sog. „objektive Wertlehre“, das Bürgertum reklamierte für sich „Marktwert“, die sog. „subjektive Wertlehre“. Und im selben Gang, in dem die Arbeiterbewegung dem linken Ricardianismus anheimfiel und, weil der Zusammenhang von Arbeit und Geld ihr okkult blieb, den Sozialismus als Ereignis gerechter Distribution definierte – Karl Kautskys Rede vom „sozialistischen Geld“ markiert diesen Punkt –, im selben Zug warf die bürgerliche Nationalökonomie die Arbeitswertlehre über Bord und sich der „Lehre vom Grenznutzen“ und der von den „Produktionsfaktoren“ in die Arme.

Diese Entwicklung reflektiert – theoretisch betrachtet – die Spaltung der klassischen Wissenschaft vom Reichtum in eine objektivistisch-proletarische und eine subjektivistisch-bürgerliche Fraktion, die jedoch gleichermaßen nicht anzugeben wußten, wie, sei's von der Arbeit her, sei's vom Markt her, die Objektivität des Geldes zu denken sei und wie der einheitliche Begriff des Kapitals in der Vielfalt seiner Erscheinung möglich war. Das Geld blieb, ob proletarisch, ob bürgerlich, instrumentales Medium der Distribution; das Kapital war, ob objektivistisch oder subjektivistisch, dinglicher Reichtum und Vermögen. Aber diese Entwicklung reflektiert zugleich – sozialhistorisch betrachtet – einen folgenreichen Umschlag der Vergesellschaftung selbst. Gesellschaft, als kapitalisierte, wird zur zweiten Natur, und weder das Gründungssubjekt dieser Gesellschaft, das Bürgertum, noch das proletarische Alternativsubjekt vermögen dem automatischen des Kapitals noch theoretisch oder praktisch Paroli zu bieten. Die Kapitulation der proletarischen wie der bürgerlichen Variante klassischer Reichtumswissenschaft vor ihrem Gegenstand wie ihr Umschlag in Ideologie, der auf dem Fuße folgte, waren die Konsequenz.

Die Klassen waren als einander wie immer ausschließende oder konfligierend ergänzende Subjekte erledigt; die Bourgeoisie war durch die Aktiengesellschaften abgedankt, das Proletariat durch die reelle Subsumtion des Arbeitsprozesses unter den der Verwertung. Die Akkumulation war total geworden, aber das „automatische Subjekt“ funktionierte nur in maschinenhaftem Objektivismus. Die Subjektivität des Gesamtprozesses – d.i. das Bewußtsein der nicht und unmöglich durch Konkurrenz und Akkumulation selbst zu erbringenden Voraussetzungen von Konkurrenz und Akkumulation (es sind dies Eduard Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“) – wurde, als Ideologie und notwendig falsches Bewußtsein, vom politischen Souverän, vom Staat usurpiert. Die bürgerliche Spaltung von Ökonomie und Politik, die schon immer die Form ihrer materialen Einheit war, wurde nun, nach dem vom Kapital vollstreckten erst funktionalen, dann, im Nazismus, auch materialen Untergang der Klassen, zur kapitalen Einheit versöhnt.

Das Bewußtsein dieser falschen Versöhnung auf dem Boden einer falschen Spaltung heißt John Maynard Keynes; in ihm kommt der Gesamtprozeß zum Bewußtsein. Vor Keynes waren Begriff und Sache der Krise Anathema gewesen; mit Keynes wird die Krise zum Grundproblem der Ökonomie überhaupt und wird der Staat zum generalbevollmächtigten, in Permanenz tagenden großen Krisenausschuß. Der Staat wird das formelle Subjekt einer Ökonomie, dessen materieller Autor das Kapitalverhältnis darstellt; „Basis“ und „Überbau“ treten in ein Verhältnis wechselseitiger Konstitution.

Und das heißt, daß der Staat den Umschlag des

Marx findet am Geld nichts auszusetzen. (...) Eine besondere Geldmacht kennt Marx selbstverständlich nicht. Die Ausbeutung der Völker durch die goldene Internationale, durch die Börsen- und Wucherspieler muß Marx verneinen.

Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (1920)

Kapitals und die Reibungslosigkeit der Permutationen, die es in diesem Umschlag durchzumachen hat, als seinen ureigenen Auftrag betrachtet. Nach Marx steckt im Wertrealisierungsproblem, d.h. im Verhältnis von Ware und Geld, die allgemeinste Möglichkeit der Krise überhaupt. Keynes greift diesen Gedanken auf – ohne allerdings vom Zusammenhang von Warenform und Geldform nur den Anflug eines Schimmers zu haben –, um die Krisenträchtigkeit im Ansatz zu unterdrücken: *erstens* – dies die Einladung an den proletarischen Reformismus – wird die proletarische Nachfrage als Teil des Problems identifiziert. Die Krise soll wesentlich Unterkonsumtionskrise sein, Verelendung trotz Bedürfnis nach der Ware und Kaufenthaltung wegen Mangels an Zahlungsmitteln. Jeder Kapitalist will den Lohn seiner Arbeiter drücken, aber er hofft doch, daß die der anderen Kapitalisten möglichst viel Lohn beziehen, um seine Waren abzukaufen. Ein Widerspruch von nicht geringerer Statur als der bei der Frage der Begrenzung des Arbeitstages tut sich auf: Jeder Kapitalist verstößt, indem er seinem unmittelbaren Interesse folgt, gegen sein nicht weniger unbedingtes Interesse am Erhalt seiner Produktionsweise selbst. Der keynesianische Staat will die Arbeitslosen durch ABM in die Ökonomie zurückholen, und sei's durch bezahltes Ausheben und Zuschütten von Erdlöchern.

Zweitens – und dies die Einladung an den bürgerlichen Konservatismus – wird die Golddeckung der Währung so als Hemmnis der Staatsintervention identifiziert wie die mangelhafte Organisation des Kapitalumschlags selbst. Die Deckung des Geldes durch das Gold, sagt Keynes, ist ein Restbestand des werttheoretischen Objektivismus, sie immobilisiert den Staat, hindert ihn an der Ausweitung des Kredits: Deflation, wie 1929, ist die Folge, d.h. die „Flucht in den Sachwert". Die Idee, sagt Keynes, Geld werde durch Gold gedeckt, ist falsch, denn Geld sei seinem Wesen nach nichts anderes als Kredit, d.h. nur das generalisierte Vertrauen in die Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit der Vertragssubjekte. So löst der Kredit sich auf in die Psychologie der Wirtschaftssubjekte, basiert auf ihren Erwartungen des zukünftigen ökonomischen Verlaufs. Indem der Staat für das Geld bürgt, gibt er die psychologisch nachhaltigste Garantie: Wann hätte man je, wie irgendeine Aktiengesellschaft, den Staat Bankrott anmelden sehen? Damit, mit der Staatsgarantie, ist zugleich ein Beitrag geleistet zur Permanenz der Akkumulation: die Rationalisierung der Umschlagszeit, die es ermöglicht, Kredit auf noch nicht verkaufte Waren aufzunehmen, um zu investieren, bevor der Zyklus eigentlich vollendet wurde, hänge von der Erwartung immer erweiterterer Reproduktion des Kapitals ab.

Drittens hält der keynesianische Staat der Bourgeoisie das Angebot feil, die sozialökonomisch integrierte Arbeiterklasse auch politisch und ideologisch einzubauen – denn sein Programm ist nichts anderes, sagt Keynes, als ein „antimarxistischer Sozialismus", ein Sozialismus ohne Klassenkampf, d.h. die produktive Gemeinschaft der, wie es die NSDAP ausdrückte, „Schaffenden von Hirn und Hand". Der Klassengegensatz wird zur funktionalen Arbeitsteilung, Ausbeutung wird sachlich nüchterne Produktionsleitung, indem der Staat für die Subsistenz der Ware Arbeitskraft sich verbürgt.

Und *viertens* schließlich gibt der keynesianische Staat der Arbeiterbewegung die Offerte einer „Sozialisierung der Investitionen", kommt also ihren planwirtschaftlichen Ambitionen entgegen, einer Vergesellschaftung des Kredits, die wesentlich im Kampf gegen das arbeitslose Einkommen bestehen soll. Dem Mangel an Kaufkraft soll abgeholfen werden, indem Keynes eine Idee des einigermaßen faschistoiden Freiwirtschaftlers Silvio Gesell aufgreift: die Abschaffung des Zinses, der Rendite auf „untätiges Geldkapital". Daraus soll folgen „der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, der nichts Plötzliches sein und keine Revolution erfordern wird."

Fassen wir zusammen: Keynes denkt die Einheit von Kapital und Arbeit im Programm ihres gemeinschaftlichen Kampfes gegen die Krise unter Leitung des politischen Souveräns. Indem er jedoch die Krise als Ausdruck der Unterkonsumtion denkt, erscheint ihm die Knappheit des Geldes als das basale Problem. Geld ist ihm wesentlich nicht Wertspeicher, d.h. Kapital in monetärer Form, sondern der Schleier über der Produktion von nichts als Gebrauchswerten. Geld ist ihm bloß das technische Instrument der Vermittlung von Kauf und Verkauf, bloß dingliche Einheit, in der gezählt und gerechnet wird, und reines Mittel ohne autonomes Wesen. Dem Mangel an Geld soll es geschuldet sein, daß der ökonomische Zyklus erlahmt. Diesem Mangel soll mittels staatlicher Geldschöpfung wie der Vergesellschaftung des Kredits abgeholfen werden, um die Nachfrage zu stimulieren. Aber die Gebrauchswerte sind keineswegs die Gebrauchswerte, sie sind Waren, Dinge, die aufgrund ihrer antagonistischen Produziertheit die Form der Waren erhalten, Kapitalprodukte, die daher die Form des Geldes annehmen müssen. Geld ist nicht, wie Keynes glaubt, „sozusagen die gleiche Sache wie Grünkäse", sondern die besonderte Darstellung des allgemeinen Warencharakters der Gebrauchswerte als der Produkte des Kapitals.

Die Krise mithin, die als sich selbst verstärkende Krise der Nachfrage erscheint, ist Krise der Akkumulation, ist Überakkumulalation, Überfluß also nicht an Geld schlechthin, sondern vielmehr Überfluß an Kapital in Geldform. Mit Keynes wurde dieser Überfluß auf dem Umweg über die Staatsschuld dem inneren Markt zugeleitet, d.h. der volkswirtschaftlichen Funktionalisierung des proletarischen Konsums, die sich als Moment der auch materiellen Subsumtion der Gesellschaft unter das Kapitalver-

Warum wird die Währung nicht geeicht?

Der Meter ist  **immer gleich lang**

Das Kilo ist 

immer gleich schwer

Die Mark... 

?

Warum ist der wichtigste Maßstab nicht stabil?
Welche Folgen haben die Kaufkraftschwankungen?
Wer gewinnt und wer verliert dabei?

..informiere Dich!

Der Zweck des Buches (von Gesell) kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden ... Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Karl Marx lernen wird.

John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936)

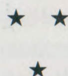
Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkt des Kampfes der deutschen Nation um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit geworden.

Adolf Hitler, Mein Kampf, 209.-210. Auflage 1936

Wenn Güter produziert werden, handelt es sich in einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft, in der mit Hilfe des Geldes gekauft und verkauft wird, darum, den Güter- und Leistungsstrom den Stellen des Bedarfs zuzuführen. Der Zauberstab, der dieses größte aller volkswirtschaftlichen Wunder bewirkt, ist der Wert.

Friedrich Bülow, Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in das wirtschaftliche Denken, Leipzig 1931

hältnis erwies. Darin liegt die Stärke der bürgerlichen Wissenschaft vom Reichtum, wie Keynes sie ausgearbeitet hat. Sie hat damit der Akkumulation die systematisch letzten Ressourcen erschlossen und ihre letzten Grenze erreicht. Das ist der Anfang ihres Endes.



Der Keynesianismus ist die unhintergehbare Ideologie des Staates als ökonomischer Agent wie als Generalbevollmächtigter des Kapitalverhältnisses. Darin spiegeln sich das objektive Interesse wie der subjektive Konsens der zu Funktionsträgern mutierten Klassen am objektiven Zwangscharakter der Akkumulation.

Daher ist der Kampf, den der Reformismus gegen den „Neo-Liberalismus" führen möchte, Fiktion, wenn nicht: Propaganda. Das System von Manchester kehrt nicht wieder, denn es herrscht längst anderswo, in Bombay und Rio. Anders gesagt: der Keynesianismus ist der Liberalismus der Metropolen unter den Bedingungen der totalen Vergesellschaftung, die Wissenschaft vom Kapital, das sich der Verfügungsmacht der Bourgeoisie entzogen hat. Die Schlagworte, in denen die „Umverteilung von unten nach oben" gegeißelt wird – „Austeritätspolitik", „Sozialdarwinismus", „Marktwirtschaft pur" usw. usf. – wollen vergessen machen, daß der Staat seiner volkswirtschaftlichen Gesamthaftung allerdings gerecht wird: das Stabilitätsgesetz von 1967, das ihm die Obacht übers „magische Viereck" aus Vollbeschäftigung, ausgeglichener Zahlungsbilanz, Preisstabilität und ausgeglichenem Staatshaushalt auferlegte, ist nach wie vor in Kraft. Und es wird so strikt befolgt, wie die Lage es gestattet, d.h. unter den Bedingungen des hegemonialen Projektes, die Deutschmark zur europäischen Einheitswährung zu erheben und damit die Bundesbank zur europäischen Zentralbank. Sie ist der tatsächliche „Hüter der Verfassung", der Kontrolleur ihrer Fähigkeit, die Normallage der Akkumulation zu garantieren. Und deren Kern wiederum besteht im „Vertrauen in die D-Mark", in ihre Tauglichkeit also, unter der Maske des Euro dem Dollar die überaus profitable Funktion des Weltgeldes streitig zu machen und zugleich die (wie immer relative so doch:) Kalkulierbarkeit der Profitmacherei zu sichern. Die Stabilität der Währung ist diesem modernisierten Keynesianismus nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts.

Nur vereint hat Europa eine Chance, gegen die destruktiven Tendenzen eines global vagabundierenden Finanzkapitals, eines uneingeschränkten Marktliberalismus die eigenen zivilgesellschaftlichen, kulturellen, demokratischen und sozialstaatlichen Errungenschaften zu verteidigen ...

Peter Brandt, Neues Deutschland vom 21. März 98

Wir wissen alle, daß Arbeitslosigkeit nicht abgeschafft werden kann. Läuft der Betrieb schlecht, dann wird entlassen, läuft er gut, dann wird in Automatisation investiert, und auch entlassen. In früheren Zeiten wurden Arbeitskräfte gefordert, weil es Arbeit gab. Nun wird verzweifelt Arbeit gefordert, weil es Arbeitskräfte gibt, und keiner weiß, wohin mit ihnen, denn Maschinen arbeiten schneller, besser und bulliger. Die Automatisation ist immer ein Traum der Menschheit gewesen.

Der glückliche Arbeitslose Aristoteles vor 2300 Jahren:

„Wenn jedes Werkzeug seine Funktion selbst erfüllen könnte, wenn z.B. das Weberschiffchen alleine wirken könnte, dann würde der Werkmeister keine Gehilfen brauchen, und der Herr keine Sklaven."

Nun hat sich dieser Traum verwirklicht, und alle empfinden es als einen Alptraum, da sich die sozialen Bedingungen nicht so rasch wie die Technik gewandelt haben. Dieser Prozeß ist unumkehrbar, denn Roboter und Automaten werden nicht wieder von Arbeitern abgelöst. Außerdem wird die menschliche Arbeit, wo sie noch nötig ist, in Billiglohnländer ausgelagert oder von unterbezahlten Immigranten hier geleistet. Diese abwärts führende Spirale könnte nur mit der Wiedereinführung der Sklaverei beendet werden.

Jeder weiß es, doch darf es nicht aussprechen. Offiziell herrscht der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", eigentlich ein Kampf gegen die Arbeitslosen. Zu diesem Zweck werden Statistiken verfälscht, Pseudo-Arbeitsplätze geschaffen und schikanöse Kontrollen durchgeführt. Da solche Maßnahmen immer unzureichend sind, wird noch dazu herummoralisiert und behauptet, der Arbeitslose habe seine Situation selbst verschuldet. Man macht aus den Arbeitslosen einfach „Arbeitssuchende", allein um die Realität zu zwingen, sich der Propaganda anzupassen. Der Glückliche Arbeitslose sagt laut, was jeder weiß.

„Arbeitslosigkeit" ist ein schlechtes Wort, ein negativ besetzter Begriff, die Kehrseite der Medaille der Arbeit. Ein Arbeitsloser ist bloß ein Arbeiter ohne Arbeit. Dabei wird über den Menschen als Poet, als Reisender, als Suchender, als Atmender nichts gesagt. In der Öffentlichkeit darf nur von Arbeits*mangel* die Rede sein, erst in privater Sphäre, abseits von Journalisten, Soziologen und anderen Schnüfflern, wagt man, aufrichtig zu sein. „Ich wurde entlassen, geil!"

Soll diese Trennung zwischen privater Weisheit und öffentlicher Lüge aufgehoben werden? Man sagt uns, es sei nicht der richtige Moment, die Arbeit zu kritisieren, es sei eine Provokation, die den Spießern gerade recht käme. Noch vor zwanzig Jahren konnten die Arbeiter ihre Arbeit und auch die Arbeit an sich in Frage stellen. Heute müssen sie, nur weil sie nicht arbeitslos sind, Zufriendenheit heucheln und die Arbeitslosen müssen, nur weil sie keine Arbeit haben Unzufriedenheit heucheln. Somit hat sich die Kritik der Arbeit in Wohlgefallen aufgelöst. *Der Glückliche Arbeitslose ist über diese infantile Erpressung erhaben.*

Vollbeschäftigung bedeutet ökonomische Krise,

Die Glücklichen Arbeitslosen (Berlin) auf der Suche nach unklaren Ressourcen

Arbeitslosigkeit bedeutet gesunder Markt. Was passiert, wenn ein Konzern ankündigt, daß er so und so viele Arbeitsplätze vernichtet? Alle Börsenspekulanten loben ihn für seine Sanierungsstrategie, die Aktien steigen, und bald darauf wird die Bilanz die entsprechenden Gewinne aufweisen. Auf diese Weise schaffen die Arbeitslosen mehr Profit als ihre Ex-Kollegen. Logischerweise müßte man also dem Arbeitslosen dafür danken, daß er wie *kein* anderer das Wachstum fördert. Stattdessen kriegt er nicht einen Furz des Gewinns ab, den er selbst schafft. *Der Glückliche Arbeitslose ist der Meinung, daß er für seine Nicht-Arbeit entlohnt werden muß.*

Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, daß er keine Arbeit hat, sondern daß er kein Geld hat. Also sollten wir nicht mehr von „arbeitslos", sondern von „geldlos", nicht mehr von „Arbeitssuchenden", sondern von „Geldsuchenden" reden, um die Dinge klarer zu stellen.

Man rechne einmal nach, wieviel Geld insgesamt von den Steuerzahlern und Betrieben »für Arbeitslosigkeit« offiziell ausgegeben wird, und dividiere durch die Zahl der Arbeitslosen: Na, da sind eindeutig mehr Nullen dran, als wir auf unseren Konten finden, nicht wahr? Ausgegeben wird nicht hauptsächlich für den Wohlstand der Arbeitslosen, sondern für seine schikanöse Kontrolle, durch zwecklose Termine, sogenannte „Um-, Aus-, Fortbildungsprogramme", die nirgendwoher kommen und nirgendwohin führen, Scheinbeschäftigungen für einen Scheinlohn – nur um die Statistik künstlich herunterzudrücken. Also nur, um ein wirtschaftliches Trugbild aufrecht zu erhalten.

Unser erster konkreter Vorschlag ist somit umsetzbar: Die Beendigung aller Kontrollmaßnahmen gegen Arbeitslose, Schließung sämtlicher Statistik- und Propagandabüros (das wäre *unser* Beitrag zum Sparpaket) und automatische, unbefristete Zahlung der Unterstützung inclusive der gesparten Summen.

Es wurde uns erwidert, der Glückliche Arbeitslose sei nur arbeitslos im Sinne des heutzutage üblichen Gebrauchs des Wortes „Arbeit", also „*Lohn*arbeit". Dazu müssen wir ausdrücklich sagen, daß der Glückliche Arbeitslose zwar keine Lohnarbeit sucht, doch sucht er auch keine Sklavenarbeit. Und es gibt soweit wir wissen nur zwei Arten von Arbeit: Sklaven- und Lohnarbeit. Gewiß gibt es auch Studenten, Künstler und andere Wichtigtuer, die kein Papier schreiben und keinen Napf lecken können, ohne zu behaupten, sie leisteten eine wichtige „Arbeit". Sogar die sog. „Autonomen" können kein antikapitalistisches „Seminar" organisieren, ohne „produktive Debatten" in „Arbeitsgruppen"! zu führen. Armselige Worte für armselige Gedanken. Nicht nur im heu-

Die Armen sind viel reicher als man denkt und als sie selbst glauben. Die unglaubliche Lebensfreude, die viele Beobachter in afrikanischen Vorstädten beeindruckt, täuscht weniger als die deprimierenden objektiven Berechnungen statistischer Apparate, die lediglich den verwestlichten Teil von Reichtum und Armut einschließen.

Serge Latouche, „Der Planet der Schiffbrüchigen"

Vortrag und Diskussion:
Samstag, 25. 4., 20 Uhr
Haus der Jugend

Wer monetäre Forderungen nicht für eine Notwendigkeit des alltäglichen Überlebenskampfs, sondern für die Lösung der Misere hält, wird früher oider später akzeptieren müssen: Mehrwert entsteht immer noch durch die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Das schöne Geld muß daher im Wortsinn erarbeitet werden. Der monetäre Kommunismus endet zwangsläufig im Kommunitarismus, was die Glücklichen Arbeitslosen mit ihrer Begeisterung für die durch „Sippe" und „Brauch" gestützten Subsistenzwirtschaft der Bevölkerung im Trikont unter Beweis stellen: Arm, aber glücklich.

Andreas Benl, „Ne travaillez jamais!", jungle World Nr.7, 12.Feb.1998

tigen Sinne ist „Arbeit" ein trauriges Wort. Sie ist es immer gewesen:

„Arbeit ist wahrscheinlich eine Bildung zu einem im germanischen Sprachbereich untergegangenen Verb mit der Bedeutung „verwaist sein, ein zu schwerer körperlicher Arbeit verdingtes Kind zu sein", das vom indogermanischen „orbhos", 'waise', abgeleitet ist. Bis in das Neuhochdeutsch hinein bedeutet Arbeit: 'Mühsal, Plage, unwürdige Tätigkeit'."

In den Sinne ist also „Glückliche Arbeitslosigkeit" sogar ein Pleonasmus. In den romanischen Sprachen ist die Sache noch eindeutiger, da „travail", „trabajo" usw. von dem lateinischen „tripalium" ein dreispitziges Folterinstrument, das gegen die Sklaven angewendet wurde, abgeleitet ist.

Den sittlichen Wert der Arbeit als Beruf des Menschen in der Welt hat Luther ausgeprägt: „Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen." Man könnte sagen, die Frage der Wortwahl sei ohne Bedeutung. Aber die Folgen blieben nicht aus, verwechselte man das Wort „Getränk" mit „Coca-Cola", das Wort „Kultur" mit „Lutz Rathenow" oder gar „Tätigkeit" mit „Arbeit".

Sobald man von Arbeit oder Arbeitslosigkeit, hat man es mit moralischen Kategorien zu tun. Diese Tendenz spitzt sich gegenwärtig zu; man bracht nur eine Zeitung zu lesen, um sich darüber klar zu werden. „Ein Machtwechsel zwischen zwei Weltanschauungen hat stattgefunden", so ein Sozialexperte in Washington, „statt Armut als Konsequenz ökonomischer Ursachen zu sehen, dominiert nun jene Denkschule, die Armut als Folge moralischen Fehlverhaltens ansieht."

Wie damals, als die Priester ihr Seelenmonopol bedroht sahen, ist die Moral nur dazu da, die sich ausweitenden Risse zwischen Weltanschauung und Realität zu flicken. Wer zu einem Arbeitslosen sagt: „Du hast gesündigt", erwartet, daß dieser die Kategorie „Sünde" anerkennt und entweder „ja" oder „nein" sagt. Weinerliche Versuche, das Mitleid dieser Welt zu erregen, erregen höchstens Mitleid. Nur ein erhabenes Lachen kann Moral ernsthaft außer Kraft setzen.

Es gibt im Moment mehrere Initiativen gegen Sozialabbau, gegen Neoliberalismus usw. Die Frage ist aber auch *wofür* soll man sich erklären? Bestimmt nicht für den Wohlfahrtsstaat und die Vollbeschäftigung von einst, deren Wiedereinführung sowieso noch unwahrscheinlicher ist, als die der Dampflokomotive. Aber das Gegenbild könnte noch schrecklicher werden: Es ist vorstellbar, daß es den Arbeitslosen zugestanden würde, auf dem Brachland und den Mülldeponien der Postmodernität ihr Gemüse anzubauen und soziale Beziehungen selbst zu improvisieren, von Hight Tech Polizei fernüberwacht und von irgendeiner Mafia roh ausgebeutet, während die wohlhabende Minderheit unbekümmert weiter funktionieren würde. Die Glücklichen Arbeitslosen suchen einen Ausweg aus dieser Alternative des Schreckens.

Es sei hier nur ein Beipsiel erwähnt: Vor ein paar Jahren untersuchten Soziologen das Leben der Bevölkerung eines Elendviertels von Dakar, in Sene-

Wer sind die glücklichen Arbeitslosen?

Weder eine Partei, noch eine Sekte, noch irgendeine fest organisierte Gruppe. Die glücklichen Arbeitslosen sind vor allem ein Zustand, der sein Konzept fördert. Die glücklichen Arbeitslosen sind Menschen, die arbeitslos und glücklich sind oder die gern arbeitslos und glücklich sein möchten. Dazu gehören auch diejenigen, die gern arbeiten (jaja wir kennen welche), doch die Möglichkeit einer glücklichen Arbeitslosigkeit für andere unterstützen.

Da unsere Bewegung erst neu entstanden ist, müssen wir noch ab und zu arbeiten und sind noch ab und zu unglücklich. Doch unser Ziel, das Leben in der glücklichen Arbeitslosigkeit zu verbringen, verfolgen wir mit der gebührenden Langsamkeit und mit ruhigem Fanatismus.

Wieviele sind wir?

Wir schätzen: ein paar Millionen in Europa. Nur haben viele ihr „Coming out" noch nicht erlebt. Sie trauen sich nicht, laut und öffentlich zu sagen, was sie in ihrem tiefsten Inneren empfinden. gerade deshalb haben sich die glücklichen Arbeitslosen nun entschieden, die Öffentlichkeit zu erobern.

Was wollen wir erreichen?

- Die gesellschaftliche Akzeptanz der glücklichen Arbeitslosen.
- Das Schaffen eines artgerechten sozialen Umfelds.
- Die Anhäufung von Angelegenheiten, bei denen sich glückliche Arbeitslose entdecken und treffen können.
- Das Experimentieren mit "unklaren Ressourcen", um der Diktatur der Lohnabhängigkeit in die Flanke zu fallen.
- Die Umrisse einer neuen Lebensphilosophie, die die alte abendländische Moral des Unglücks, bzw. der Ökonomie, vollständig vernichten wird.

Historische Vorbilder

- 1973 veröffentlichte Peter-Paul Zahl in West-Berlin eine Zeitschrift, „Der Glückliche Arbeitslose", in der er das Motto "Berufsverbot für alle" propagierte (das haben wir erst neulich erfahren; darum handelt es sich also nicht um einen direkten Einfluß, sondern um einen glücklichen Zufall).
- 1918 forderten R. Hausmann, R. Huelsenbeck und J. Golyscheff im Namen des dadaistischen revolutionären Zentralrats-Berlin "die Einführung der progressiven Arbeitslosigkeit durch umfassende Mechanisierung jeder Tätigkeit. Nur durch die Arbeitslosigkeit gewinnt der Einzelne die Möglichkeit, über die Wahrheit des Lebens sich zu vergewissern und endlich an das Erleben sich zu gewöhnen".

(Aus Wildcat-Zirkular Nr.39 September 1997)



gal. Sie stellten fest, daß das Einkommen einer durchschnittlichen zwölfköpfigen Familie das *Siebenfache* ihres »offiziellen« Einkommens ist. Nicht, daß die Leute das Wundermittel, Banknoten zu versiebenfachen, erfunden haben; nur vermehren sie die Wirksamkeit des knappen Geldes durch einen intensiven Umlauf. Es ist unmöglich, in Afrika zu leben, ohne einer Gruppe, einer Sippe, einem Freundeskreis anzugehören. Innerhalb jedes dieser Netze wird das Geld durch ein genau festgesetztes System von Geschenken, Spenden, Anlagen, Darlehen und Rückzahlungen in eine permanente Zirkulation gesetzt. Da die Möglichkeiten, eine größere Summe zu erhalten, in der Familie angehäuft sind, kann sie jederzeit über eine Geldmenge verfügen, die ohne Vergleich mit ihren kargen Ressourcen ist. Zudem ist dieser Geldverkehr nur ein Teil jener »Ökonomie der Gegenseitigkeit«, neben dem Austausch von Reparatur-, Pflege- und Installationsleistungen, selbstangefertigten Schuhen und Klamotten, kollektiv gekochten Essen, Metall-Verarbeitung, Tischlerei, Erziehung und Gesundheitswesen, die Feten nicht zu vergessen, die die Gruppen zusammenhalten.

Man stelle sich vor, dasselbe System wäre hier wirksam. Sozialhilfeempfänger würden dann 3500 DM pro Monat zu Verfügung haben, was nicht alle Probleme lösen würde, aber immerhin den Kohl fetter machen würde. Und noch dazu würden sie von Sachen profitieren, die Geld nicht kaufen kann. Die Frage: Wieviel Geld brauche ich, um richtig leben zu können, ist unzureichend. Wer über keine sozialen Verbindungen verfügt, wird nie genug Geld haben, um seine existentielle Not zu milder. Der hiesige Sozialhilfeempfänger kennt zwar eine große Behinderung, da er sich auf keine Sippe und keinen Brauch stützen kann. Alles muß erfunden werden. Aber immerhin hat er einen Vorteil: seine Lebensbedingungen sind nicht so harsch wie in Afrika.

Für die Glücklichen Arbeitslosen öffnet sich da ein weites experimentelles Feld, das wir die Suche nach unklaren Ressourcen nennen.

(Gekürzt aus: Wildcat-Zirkulat Nr.39, September 1997)

Was wir brauchen, ist ein Bürger-Staat-Bündnis für zivile Gesellschaft – notfalls gegen Arbeit und Kapital.

Ulrich Beck, Kapitalismus ohne Arbeit, Der Spiegel 20/1996

Impressum

Diese Zeitung zum Kongreß "Terror der Ökonomie – Elend der Politik" wird **herausgegeben** vom Freiburger Bündnis gegen Arbeit und **erscheint** im Ça ira-Verlag, Postfach 273, 79002 Freiburg. Das Bündnis gegen Arbeit trifft sich bis auf weiteres immer Sonntags um 18 Uhr in den Räumen der Aktion Dritte Welt, Kronenstr. 18, Hinterhaus. Spenden bitte mit dem Vermerk "Gegen Arbeit" auf das Konto des Ça ira-Verlags Nr. 2245 65 – 756 bei der Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75. Auskünfte und Informationen unter Tel.: 0761 / 3 7939 und Fax: 37 949.

Der Traum vom Kapitalismus ohne Kapitalismus
Über den Sozialreformismus und seine offenen Flanken zum Antisemitismus

Das Geld ... muß demokratisiert werden. (...) Nur so kann soziale Gerechtigkeit, Frieden entstehen, können die Krebsgeschwüre der Welt (das angehäufte fixierte Geldkapital, die überall auf Kosten des Ganzen wuchern, ... die Funktion wieder einnehmen, die ihnen im Ganzen des sozialen Organismus eigentlich zukommen.

Allerdings. Zeitung der Linken Liste/ Friedensliste Nr. 3, Dezember 1996

Arbeitsgruppe 3:
Sonntag, 26. April, 17 Uhr
Haus der Jugend

„Den Tauschverkehr organisieren, heißt die Herabsetzung des Kapitalzinses bis ins Unermeßliche, bis zur Vernichtung organisieren, es heißt den Sieg der Arbeit über das Kapital zu organisieren" (Pierre-Joseph Proudhon)

Wer hat, dem wird gegeben: Wenn der die Boulevardzeitung lesende Nachbar im Großraumabteil über die da oben das Schimpfen anfängt, wenn die Kassiererin bei ALDI verbale Seitenhiebe auf die beständig reicher werdenden Reichen austeilt, wenn die Gewerkschafter gegen die „gewissenlosen Börsianer" wettern, dann freuen sie sich klammheimlich doch – die Linken. Hat das Volk nicht doch ein Gespür für die „soziale Frage"? Und gibt es nicht, allem Ausfall der Klassenkämpfe zum Trotz, ein objektives Interesse der Leute an Emanzipation? Das linke Bedürfnis, das Volk zum antikapitalistischen Coming-Out zu ermutigen, scheint in der Sache selbst fest verankert und gut begründet zu sein. Daß sich in der „sozialen Frage" jedoch antiemanzipatorische Potentiale verbergen können, daß die populäre Klage über die Ungerechtigkeiten beim Gelderwerb ebensogut der Vorwand der konformistischen Revolte sein kann – das verdrängt eine auf Anknüpfung, Vermittlung und Politisierung erpichte Linke nur allzugerne. Denn die gewerkschaftliche Attacke auf die Börse preist „Made in Germany" und heiligt die ehrliche Arbeit; der Protest gegen die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums drückt meist die Sehnsucht nach dem guten Staat der verteilenden Gerechtigkeit aus. All dies ist nicht besonders emanzipatorisch, aber mit links gedacht ist es zweifellos.

Das sozialdemokratische Liedgut der II. Internationale von wegen „Die Müßiggänger schiebt beiseite" war nicht kritisch gemeint, sondern war die Apologie der Arbeit; und auch der Anarchist Johann Most polemisierte gegen die Reichen als „Eigentumsbestien" und als „Schar von heißhungrigen Vampyren". Dem ist – mit Marx – entschieden zu widersprechen, denn nicht in Habgier und geldgierigem Egoismus, sondern in der Ausbeutung der Arbeitskraft schlägt der Puls des Kapitalismus. Linke Losungen wie Gregor Gysis „Geld ist genug da!" glauben, diesen Sachverhalt souverän ignorieren zu können. Dies reduziert den Kapitalismus auf eine Frage der ungerechten und falschen Verteilung, der durch den Eingriff des Staates die gerechte Antwort zuteil werden soll. Die reformistische Linke affirmiert so einen Staat, der seit über hundert Jahren, seit dem Ende des Manchesterkapitalismus, durch regulierende Eingriffe, Sozialgesetze und den Ausgleich von Klassengegensätzen eine zum Erfolg des Kapitalismus unabdingbare Funktion erfüllt. Dieser Staat, der Staat des Kapitals, soll nach dem Willen der Reformisten seine Eingriffe verstärken, um die soziale Ordnung gegen die „Anarchie des Marktes" zu stiften. Unwillig, über die Abschaffung der Warenproduktion nachzudenken – gilt dies doch als zu utopisch angesichts der drängenden Fragen –, erhofft man sich alles von der Umverteilung des Geldes. Und über das Geld denkt die reformistische Linke so, wie es ihr Volk auch tut: Wer hat, dem wird gegeben.

Das ist die offene Flanke, die die linken Volkstümler den völkischen und antisemitischen Ideologien der „Brechung der Zinsknechtschaft" bieten. Man betrachte nur den genossenschaftlichen Umgang, den die Linke Liste Freiburg mit dem Institut für natürliche Wirtschaftsordnung pflegt, einem Verein von Anhängern der sog. „Freiwirtschaftslehre" des Silvio Gesell. Hier soll die Befreiung des Geldes von der Last des Zinses ins Werk gesetzt werden, davon erhofft man sich die Einrichtung einer „natürlichen" Wirtschaftsordnung, die so natürlich wie die sozialdarwinistische des Rechts des Stärkeren ist. Kapitalismus wird als widernatürliche Wirtschaftsform verstanden, die sich durch einfache Einführung von „Schwundgeld" und Tauschwirtschaft modeln läßt. Man operiert mit eugenischen und antisemitischen Ideen, Ideen, die allzu naheliegen, wenn der Geldzins als der Parasit angesehen wird, der das störungsfreie Wachstum sabotiert.

Solch braune Gesellschaft kommt davon, wenn die Linke die Ideologie vom Warenfetisch und die vom Geldfetisch nachbetet. Sie denkt, wenn auch auf eigene Rechnung und Risiko, genau so, wie der „kleine Mann" auf der Straße. Die Aufklärung, die sie leistet, ist ganz von diesem Schlag, d.h. unterm Niveau der Verhältnisse. Denn das Geld ist nicht der Reichtum an und für sich und nicht die Torte, von der sich die Unteren ein größeres Stück abschneiden können, sondern das Geld ist gesellschaftliche Form des Kapitalverhältnisses selbst. Im Kapitalismus treten die Waren dem Warenproduzenten auf dem Markt gegenüber, nicht als Produkte ihrer Arbeit und nicht als simple Gebrauchswerte, sondern als Waren, die Preise haben und also Geld kosten. Es ist der gesellschaftliche Antagonismus selbst, d.h. es sind Herrschaft und Ausbeutung selbst, die im Geld selbständige und dingliche Gestalt annehmen, eine Form, die den Antagonismus vermittelt. Der Fetisch des Geldes macht die Vorstellung plausibel, die Zirkulation sei für die Ausbeutung verantwortlich. Wie sonst könnte denn aus Geld mehr Geld werden als durch Übervorteilung? Diesem notwendig falschen Bewußtsein erscheint die Veräußerung der Arbeitskraft, die gewaltförmige Grundlage

der Warengesellschaft, als natürlichste Tatsache der Welt und die Verfügung über Geld als Bedingung wie Inbegriff von Subjektivität. Die Produktion wird ausgeblendet, und die Zirkulationssphäre erscheint als der Springquell von Freiheit und Gleichheit. Nicht nur nach Marx, sondern auch tatsächlich fungiert das Geld als das allgemeine Äquivalent der Waren, seine Funktion ist daher die der verschwindenden Vermittlung. „Daher die Magie des Geldes“, sagt Marx im *Kapital*: „Das bloß atomische Verhalten der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und die von ihrer Kontrolle und ihrem bewußten individuellen Tun unabhängige, sachliche Gestalt erscheinen zunächst darin, daß ihre Arbeitsprodukte allgemein die Wertform annehmen. Das Rätsel des Geldfetischs ist daher nur das sichtbar gewordene, die Augen blendende Rätsel des Warenfetischs.“

Ihre Unfähigkeit zur materialistischen Geldkritik macht die Linke für eine verschwörungstheoretische Lesart der Diskussionen um Weltmarkt und um die sog. „Globalisierung“ anfällig. Augenfällig ist der mystische Begriff vom Geld als „fiktives und frei fluktuierendes Kapital“ (Karl-Heinz Roth). Solcherlei Erkenntnisse über die Globalisierung potenzieren die ohnehin gängige Abspaltung der Zirkulation von der Produktion, so daß selbst Linksradikale das Finanzkapital als die „schamloseste, mobilste und abstrakteste Form des Kapitals“ (Roth) ausmachen. Wenn dann noch, wie oft bei linken Gewerkschaftern oder Parteien, die Klage angestimmt wird, daß im Zuge der „Einschränkung staatlicher Souveränität der Nationalstaat seine Bedeutung für demokratische Beteiligung und soziale Sicherung“ (Joachim Hirsch) verliere, dann liegt der Verdacht nahe, daß diese Linke in Wahrheit nicht für die Weltrevolution, sondern für die nationale Opfergemeinschaft kämpft. Der Staat wird ermahnt, allen „Schaden vom deutschen Volk“ (Gregor Gysi) abzuwenden. Wenn sich die Parteinahme für die durch Spekulation und Globalisierung gefährdete deutsche Wertarbeit sozialnationalistisch aufbläht, dann sind antisemitische Stereotypen nicht mehr fern; auch dann, wenn sie gegen nichtjüdische Gruppen in Anschlag gebracht werden. In der Tat scheint die derzeitige rassistische Hetze gegen „illegale und kriminelle“ Flüchtlinge originär antisemitische Bilder mit typisch rassistischen Vorstellungen zu verbinden, so daß z.B. die Flüchtlinge nicht mehr nur als „Schmarotzer“, sondern als raffinierte, gut organisierte und aus dem Untergrund operierende Verbrecher denunziert werden.

Antisemitismus, das ist die Zwangsvorstellung von der Verschwörung abstrakter, „wurzelloser“ und unfaßbarer Mächte gegen Heimat und Volk, die Idiotie vom Angriff des Geldes auf die Arbeit und vom Terror des Tauschwerts gegen den Gebrauchswert. Die antijüdische Tradition der ideologischen Verknüpfung der Juden mit Wucher und Geldgier, die eine Jahrhunderte währende Geschichte hat, wurde im Übergang zum Kapitalismus bösartiger denn je, wurde Teil der Selbstideologisierung des Kapitals. Zum Ressentiment gegen die Herrschaft der Raffenden und gegen die „Zinsknechtschaft“ gesellte sich der Haß gegen die „Müßiggänger“ und die Nichtschaffenden, gegen das Leben ohne Arbeit. Der eliminatorische Antisemitismus, wie ihn Daniel J. Goldhagen in seinem Werk „Hitlers willige Vollstrecker“ beschreibt, ist ohne diesen völkisch-deutschen Wahn nicht zu erklären. Der Verteufelung des Geldes und ihrer Besitzer, die aus der Abspaltung der Zirkulation von der Produktion folgt, korrespondiert die Personalisierung des Kapitalverhältnisses, und sie betreibt die Projektion der dem Geld zugeschriebenen, so fatalen wie asozialen Eigenschaften auf die Anti-Menschen und Anti-Deutschen, die es zu bekämpfen oder gar auszumerzen gilt.

Der Reformismus träumt von der Realpolitik des kleineren Übels. Dabei bereitet er die noch größeren vor: Das war immer so und soll an dieser Stelle nicht bejammert werden. Bei aller Differenz jedoch um den richtigen Weg zum guten Ziel muß wenigstens das politische Minimum klar werden, hinter das, zumal in Deutschland, niemand zurückfallen darf, der irgend den Anspruch erhebt, „links“ zu sein. Und natürlich sind nicht alle, die, wie grundlos auch immer, von der Umverteilung des Geldes den substantiellen Fortschritt und die soziale Reform sich erhoffen, bewußte und programmatische Antisemiten. Aber sie sind, wenn sie nicht sehr aufpassen, deren Steigbügelhalter und Helfershelfer. Es ist die Ideologie des Geldes, die sie zu nützlichen Idioten der anderen Seite der Barrikade werden läßt. Denn der Geldfetisch verhindert die grundlegende Kritik der herrschenden ökonomischen Verhältnisse und der auf ihnen beruhenden Denkformen. Und das heißt, daß zum Beispiel das gedankenlose linke Gerede vom „Casino-Kapitalismus“, wie es etwa während des Uni-Streiks in einem Flugblatt des Freiburger AK Sozialabbau nachzulesen war, die antisemitische Projektion impliziert.

Das Schielen der Linken auf Popularität und Volkstümlichkeit ist der Anfang vom Ende, ist der erste Schritt auf die schiefe Bahn, der – wie anders? – mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

Der größte Umverteiler ist der Zins:

Jeden Tag transportiert er 1100 Mio Mark von der Arbeit zum Besitz

Wie geht der Transport vor sich?
Wie verteilt sich Arbeit und Besitz?
Wer gewinnt und wer verliert?

..informiere Dich!

... die weltmarktorientierten Unternehmen sind mit ihren Ansprüchen an Staat und Gesellschaft zu einer untragbaren Belastung aller anderen produktiven Kräfte der Gesellschaft geworden.

Leo Mayer, Institut für soziolökologische Wirtschaftsforschung München in: Freiburger Kongreß „Geld ist genug da“. Dokumentation, Freiburg/Stuttgart 1997



Was tun? Was denken?
Die Linke zwischen Deutschtümelei, Reformismus und Kapitalismuskritik

Es diskutieren:
Georg Lutz, Redaktion Blätter des IZ3W (Freiburg), Detlef zum Winkel, Autor (Frankfurt), Joachim Bruhn, Initiative Sozialistisches Forum (Freiburg)

Fünf Thesen zur Diskussion

Der spontane, primitive Protest wird dämonisiert ... Weil antikapitalistische Affekte rassistisch kanalisierbar sind, gerät jeder antikapitalistische Ansatz in den Verdacht der Komplizenschaft mit den Tätern. (...) Weil die Arbeiter genetisch Rassisten seien, straft die antinationale Linke sämtliche Konfliktfelder mit ihrer Abwesenheit.

Werner Pirker, junge Welt vom 16. Oktober 1997

Abschlußveranstaltung:
Sonntag, 26. 4., 20 Uhr,
Haus der Jugend

Woher soll ich wissen, was ich denke, bevor ich höre, was ich sage? *Robert Mitchum*

1.

Im Zweifel gegen den Angeklagten: Die Gesellschaft, in der wir leben müssen, ist die des Kapitals. Und sie ist es doch nicht. Sie ist die Gesellschaft der Ausbeutung und Herrschaft. Aber sie ist zugleich doch die, die diesen objektiven Tatbestand als sein gerades Gegenteil erscheinen läßt: als Freiheit und Gleichheit. Dieser Schein ist wesentlich, er ist so falsch wie undurchdringlich: wahrgewordene Lüge, totalisierte Ideologie. Darin kommt die „Selbstaufhebung des Kapitals auf seiner eigenen Grundlage", von der Marx und die Kritische Theorie als von der so historischen wie logischen Tendenz der Akkumulation sprachen, zu ihrem Ausdruck. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, wenn nicht getilgt, so doch in den Motor der Akkumulation verwandelt. Hinter dem schlechten Schein des Kapitals ist kein gutes Wesen der Arbeit; vielmehr hat der schlechte Schein zum Wesen seiner selbst sich radikalisiert: Das sprengt die klassischen Kategorien der Gesellschaftskritik. Kritik, die einmal als Organ wie Agent eines wie immer definierten revolutionsträchtigen Wesens gegen den Schein opponierte, schlägt um in Affirmation. Die Erben des Kommunistischen Manifests sind zu Erbschleichern geworden.

2.

Im Ergebnis der Selbstaufhebung des Kapitals hat sich das Paradox der klassenlosen Klassengesellschaft etabliert. Ihr Katalysator in Deutschland war die Zusammenbruchskrise von 1929, ihr Autor der nazistische Staat, ihr Nerv die barbarische, antisemitisch formierte deutsche Revolution gegen das „mühelose Einkommen", ihre Organisationsform die in einem klassenübergreifende wie klassennegierende Volksgemeinschaft. Sie mündete in der Verwandlung der Gesellschaft in einen geschlossenen Mordzusammenhang. Der Weltkrieg und, mehr noch und eigentlich, der Massenmord an den Juden waren das Resultat, das die Gesellschaft ihrer Begreifbarkeit in den klassischen Kategorien der Gesellschaftskritik beraubte. Der Gegenstand, der Theorie schon nach der Novemberrevolution langsam entglitten, sprang nun ins Jenseits aller Theorie, weil er ins Jenseits aller Vernunft sprang. Alle marxistische, revolutionäre oder sonstwie linke Gesellschaftskritik nach Auschwitz ist Müll, die nicht die Massenvernichtung zum Fundament und zum Konstitutivum ihrer Reflektion werden läßt.

3.

Weder hat die Linke die historische Entfaltung des Kapitalverhältnisses zu seinem Begriff: klassenlose Klassengesellschaft verkraftet oder gar bewältigt, noch hat ist sie damit, daß dies in Deutschland geschah, zu Rande gekommen. Deutschland und das Kapital scheinen – das zeigt die Diskussion um Goldhagen und die antinationale Linke – zwei Paar Stiefel zu sein. Aber das Ende und der Untergang der Arbeiterbewegung, dem das Kapital seiner inneren Logik gemäß zustrebt, und die Volksgemeinschaft als die deutsche Barbarei, worin diese Logik nur erscheinen konnte, sind eins. Denn der sozusagen: geschichtsphilosophische Ort des Nazismus ist eben der, die Barbarei als substantiell und qualitativ neue, im kommunistischen Aufstiegsplan der Menschheit von der Urgesellschaft zum Sozialismus absolut nicht vorgesehene Gesellschaftsformation eigener Ordnung erstmals realisiert zu haben, eine Gesellschaft sui generis, die sich, als allerdings kapitalgeborene, nichtsdestoweniger als kapitalentsprungene darstellt – ein Salto vom Sprungbrett des Kapitals aus dem Kapitalverhältnis heraus gewissermaßen, der, obwohl absolut geboten, doch nur unter typisch deutschen Bedingungen möglich war. Die Barbarei ist die in Deutschland erstmals erschienene negative Aufhebung des Kapitals – und so wenig kann es daher einen Gegensatz von Antikapitalistisch und Antinational geben, als in Wahrheit das Antinationale die einzig legitime Form des Antikapitalistischen ist: Wer nicht von der Volksgemeinschaft sprechen mag, sollte vom Kapitalismus schweigen.

4.

Die Linken überwintern gleichwohl in den Ruinen des Marxismus. Man richtet sich ein, wirtschaftet so vor sich hin, organisiert Interessen, treibt Politik:

BR-W2



Denken aus zweiter Hand. Man halluziniert, als lebte man zu Zeiten Rosa Luxemburgs, von einer Dialektik zwischen Reform und Revolution. Man betätigt sich je nach Gusto als Trümmerfrau oder Müllmann vergangener Revolutionstheorie, sucht das Verwertbare zusammen, flickt hier, leimt dort. Aber die Geschichte hat den Marxismus definitiv gesprengt, keine Anstrengung vermag ihn mehr zu rekonstruieren. „Das ist gut und nicht schlecht" (Mao). Allerdings kommen die Müllmänner und die Trümmerfrauen vom Denken in den Haupt- und Nebenwidersprüchen immer noch nicht los, werden nicht fertig mit einer abgelebten Gestalt der revolutionären Theorie, einer famosen, die den Intellektuellen versprach, im Blick hinter die Kulissen des Scheins und direktemang aufs Wesen das absolut Erste und den Ursprung zu finden, aus dem alles weitere zwanglos sich ableiten ließe: Ökologismus und Reformismus sind nur zwei der Möglichkeiten, der von den Nazis bewiesenen Wahrheit auszuweichen, daß hinterm kapitalen Schein kein proletarisches Wesen mehr haust. Das Kapital ist nicht die Selbstentfremdung der Arbeit und keineswegs ihre bewußtlos produzierte Autoaggression. Vielmehr ist der Schein zum Wesen seiner selbst geworden, hat sich erst verdinglicht und dann subjektiviert. Die Linken operieren unter dem Niveau sowohl des Kapitals im allgemeinen wie seiner deutschen Form im besonderen. Statt den Fortschritt in den Materialismus, der aus Karl Marx gegen die Lenin und Stalin und Mielke und Honecker auch sich folgern ließe, zumindest zu versuchen, verschanzen sie sich im Antiquariat ihrer nichtigen Hoffnungen und glauben wirklich, dies sei eine Barrikade.

5.

Aber der Rote Wedding ist vom Führer auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden. In all seinen Varianten und Derivaten ist der Marxismus nur dazu noch gut, die Geschichte der Arbeiterbewegung schönzuschwatzen, die Massenvernichtung zu verleugnen, den Sozialreformismus zu rechtfertigen, das Volk zu preisen, die deutsche Wertarbeit zu loben und das „wurzellose" Finanzkapital zu geißeln. Nicht nur jeder subversive Gedanke, auch jede revolutionäre Intention ist ihm entwichen – und der Reformismus, der, von den Trotzkisten der Gruppe „Linksruck" über DKP und PDS bis hin zu den Veganern, den Tierschützern und den Menschenschützern von Amnesty international, alles versammelt, was irgendwie voller Mitleid und triefend guten Willens ist, agiert als der Testamentsvollstrecker dieser grandiosen Pleite. Die Rückeroberung der Zukunft dagegen wird nur als Aneignung der materialistischen Intention in Marx einerseits, als Reflektion auf die deutsche Barbarei andrerseits gelingen. Gegen Arbeit und Nation: Das ist das Minimalprogramm der sozialen Revolution in Deutschland.

Schließlich ist es *unser* Geld. Ja, nicht nur ist Geld genug da, es ist auch *unser* Geld. Es ist *unser* Geld als Teile des Souveräns, des Volks, das wir alle sind, es ist *unser* Geld ..., weil wir mit unserem Wissen und unserer Arbeit die Werte ... schaffen, die den Reichtum unseres Landes ausmachen.

Hendrijk Guzzoni, Wider den Sachzwang, in: Freiburger Kongreß „Geld ist genug da". Dokumentation, Freiburg/Stuttgart 1997

24. april
aula der universität

20.00 uhr
der staat des kapitals.
johannes agnoli über die linke und den parlamentarismus

25. april
haus der jugend

14.00 uhr
arbeitsgruppe 1.
wenn linke zu bürgern werden und sich über den besten sozialstaat gedanken machen.
über bürgergeld, garantiertes grundeinkommen und existenzgeld

18.00 uhr
arbeitsgruppe 2.
die bürgerliche wissenschaft vom reichtum als politische ökonomie des reformismus.
über sir john maynard keynes

20.00 uhr
vortrag/diskussion.
die glücklichen arbeitslosen

26. april
haus der jugend

17.00 uhr
arbeitsgruppe 3.
der traum vom kapitalismus ohne kapitalismus. über den sozialreformismus und seine flanken zum antisemitismus

20.00 uhr
podiumsdiskussion.
was tun? was denken?
die linke zwischen deutschtümelei, kapitalismuskritik und revolutionsversuch.
detlef zum winkel (frankfurt), georg lutz (freiburg), joachim bruhn (freiburg)

1. mai
europaplatz

11.00 uhr
demonstration.
für die staaten- und klassenlose weltgesellschaft!

2. mai

tanz in den roten mai.
(ort und Zeit werden noch bekannt gegeben)

bündnis gegen arbeit c/o ça ira verlag. postfach 273. 79002 freiburg.